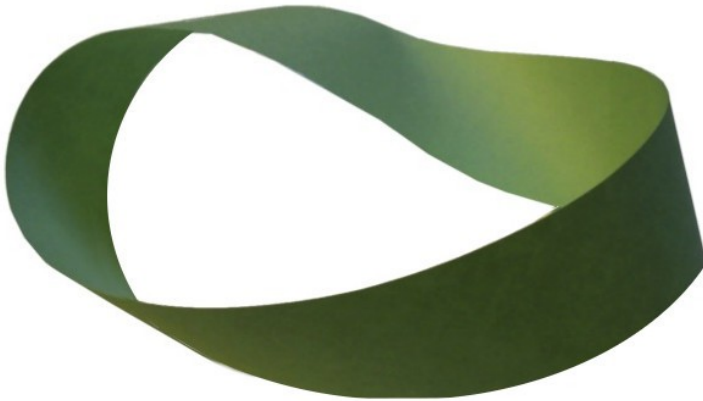


AII INCLUSIVE

**Wir können Armut abschaffen, indem wir
zugleich ökologisches Handeln
stärken.**



**Grundeinkommen,
Persönliches Umweltkonto,
Qualitative Demokratie
Freiheit**

von
Norbert Held

„Zur Zeit, als der große Weg herrschte, war
die Welt gemeinsamer Besitz“

I Ging, Das Buch der Sitte, 100 v. Chr.

Inhalt

Vorwort

Grundeinkommen	21+ Punkte	11
Das Umweltkonto		33
Qualitative Demokratie		69
Freiheit		77
Anhang		88

Vorwort

Vor der Frage: *Was können wir tun?* muss der Frage nachgegangen werden: *Wie müssen wir denken?*¹

Die Wirklichkeit unseres Lebensumfeldes weist uns gerade darauf hin, dass, wenn wir uns nicht neuen Lebens- und Versorgungsweisen öffnen, wir geschlossen zugrunde gehen. Das bis zum Überduss bemühte Gerede von "Nachhaltigkeit" verbunden mit der lautstarken Forderung nach "grundlegenden Änderung" zeigt nicht an, dass man die Problemlage richtig erkannt hat. Denn: "Es genügt nicht, die Welt zu verändern. Das tun wir ohnehin. Und weitgehende geschieht das ohne unser Zutun. Wir haben diese Veränderung auch zu interpretieren. Und zwar um diese zu verändern. Damit sich die Welt nicht weiter ohne uns verändere. Und nicht schließlich in eine Welt ohne uns."²

So präsentierten während der Corona-Zeit Wirtschaftsexperten und Denkfabriken immer wieder die selbe kurzlebige Massenware von "Hilfspaketen" oder "Entlastungsprogrammen". Politik reagierte bloß, - ohne Plan³, ohne Konzept, ohne Vision - sondern kleinteilig und umständlich im Rahmen üblicher Verfahren, ohne die strukturbedingten Probleme selbst überhaupt in den Blick zu nehmen. Diese

¹ s.h. Joseph Beuys "Aufruf zur Alternative, Frankfurter Rundschau 23.12.1978, der Martin Heidegger zitiert "Die Kehre", Stuttgart 1962, S. 58. Mit diesen Bezügen darf ich ausdrücklich Michael Kopatz widersprechen, besonders dem Titel seines im Ganzen lesenswerten Buches: "Schluss mit der Ökomoral, wie wir Welt retten, ohne ständig daran zu denken.", München 2019. Wenn wir nicht beginnen, die unser Handel leitenden Vorstellungen zu überdenken und d.h. gerade auch ethisch, werden wir immer wieder vom Regen in die Traufe kommen.

² Günther Anders, "Die Antiquiertheit des Menschen", Band 2, München 1980, Geleitwort zum 2. Band.

³ "Ihr habt keinen Plan, darum machen wir einen", hgg. von Claudia Langer, Jugendrat der Generationenstiftung, München 2019. Ich konnte aber auch in diesem Buch keine wirklich neuen Pläne entdecken.

Umständlichkeit und Ignoranz kostet viel Geld und Ressourcen, raubt unendlich viel Zeit und verursacht viel Leid, selbst da, wo sie als "Hilfe" gedacht ist. Wir haben nicht mehr die Zeit jedes Problem einzeln anzugehen, sondern wir brauchen aufgrund der Komplexität der Probleme komplexe Antworten. Die Probleme sind strukturbedingt, daher müssen auch die Antworten strukturelle sein. Sie müssen unabhängig vom Mitwirken anderer Staaten und unabhängig von der globalen Entwicklung eine Zukunftsperspektive für die Menschen unserer Republik geben, ohne dies zum Schaden anderer zu tun. Wenn wir dabei nicht alles und jeden einbeziehen, werden wir scheitern.

Leider meint man häufig, alles allein technisch lösen zu können, und zögert bei jedem Schritt in die Genügsamkeit.⁴ Ich will hier verdeutlichen, dass ich nicht "gegen" Technik⁵ bin (Wie sollte das gehen?), sofern man nicht automatisch diese mit dem Zwang verbindet, alles Machbare auch verwirklichen zu müssen, bevor man sich gut überlegt hat, wohin das führen könnte.⁶ Ich begrüße ausdrücklich Wissenschaftlichkeit, d.h. nach dem Satz des Grundes in seiner vierfachen Form⁷, d.h. strukturierte, überprüfbare erfahrungsbasierte und -offene Erkenntnis. Ich erfreue mich an unaufgeregtem Realismus⁸ und erinnere an Brechts Worte, es sei nicht Ziel der Wissenschaft, der unendlichen Weisheit eine Tür zu öffnen, sondern eine Grenze zu setzen dem unendlichen Irrtum.⁹

⁴ s.h. B. Verbeek im Anhang, oben S. 86 ff. S.h. auch Dschuang Dsi, "Der Ziehbrunnen" in "Das wahre Buch vom südlichen Blütenland".

⁵ Anwendungs-, Durchführungskunst. Das Wissen und die Fertigkeit bestimmte Dinge zu vollbringen. Die Kunst Erkenntnisse von Wirkzusammenhänge für das Leben fruchtbar zu machen.

⁶ s. h. Günter Anders "Die Antiquiertheit des Menschen" Band I + II München 1980.

⁷ s.h. A. Schopenhauer, "Über die vierfache Wurzel des Satz vom zureichenden Grunde", Werkausgabe, Zürich 1988, Bd. III, S.7 ff.

⁸ Julian Nida Rümelin hat hier unschätzbar Klartext gesprochen, vielen Dank! mentis-Verlag 2018.

⁹ Bertholt Brecht, "Leben des Galilei" (1938/39) Frankfurt a.M. 81. Auflage, 2021, S. 85.

Die Wand derzeitiger und zukünftiger Probleme gibt Poren¹⁰ frei, sobald wir uns zurücknehmen. Der Schritt zurück ist nötig und nicht mit Rückschrittlichkeit zu verwechseln. Zur Wegbereitung gilt es Einsichten in Strukturen unserer Gesellschaft als Ausdruck eines "übergeordnetes Verantwortungsprinzip"¹¹ umzusetzen. Vorschläge dazu aufzuzeigen ist das Anliegen dieser Schrift.

Haben die Beschränkungen in der Pandemie die Schwachstellen unseres Teilhabe- und Verteilungssystems markiert, so zwingt uns der barbarische Überfall Russlands auf die Ukraine, den globalen Ressourcen-Notstand genauer im Blick zu behalten.¹² Längst geht es nicht mehr nur um CO2 bzw. das Klima. Der gesamte Ressourcenkanon heutigen Wirtschaftens steht auf dem Spiel. Auch hier bedarf es umfassenderer strukturierter Antworten. Wer immer nur auf Sicht fährt, hat keinen Plan, und verliert sich in jeder Bucht. So gewinnt man keinen Vendée Globe.

Manches wär schon gebessert, wenn wir Vieles einfach sein ließen.¹³ So ist noch niemand gestorben, weil er nicht in den Urlaub fliegen durfte. Erfroren aber und verhungert sind schon viele. Bei der Zurücknahme müssten Lasten und Freuden fair geteilt werden, weil diejenigen, die sich vernünftiger Weise zurücknehmen, sonst automatisch ins Hintertreffen geraten.

Wenig zu sprechen komme ich auf Menschen mit Behinderungen, die in neuester Zeit in Sachen Inklusion im Fokus stehen. Dies liegt schlicht

¹⁰ gr. poros : Weg.

¹¹ Paech, Niko und Manfred Folker "All you need is less", München 2020, S. 182.

¹² Ob man gleich die Welt neu denken müsse, wie Maja Göpel meint, halte ich philosophisch für zu hoch gegriffen. "Die Welt neu denken" Maja Göpel (alias Marcus Lauer, Die Zeit NR. 33. 11. 08. 22. S. 3) Berlin 2020.

¹³ s.h. Gronemeyer, Marianne, „Genug ist Genug, Über die Kunst des Aufhörens“, Primus Verlag 2008. Die ganze taoistische Denktradition des WU WEI, des Nicht-tun-Tuns gehört hier her. S.a. Manfred Folker u. Niko Paech, "All you need is less", München 2020.

daran, dass Sie im Zusammenhang von BGE und PUK ihre stigmatisierende Sonderrolle zu einem entscheidenden Teil einbüßen. Auch sie sind von vornherein vollwertig eingebunden, was nicht heißt, dass ihnen über BGE und PUK hinausgehende nötige Unterstützung versagt bleibe.

Zuletzt eine Anmerkung zu "arm" und "reich". In meinem Bemühen transformative Konzepte zum gesellschaftlichen Ausgleich aufzuzeigen, spielt Neid keine Rolle, sondern einzig die Frage nach Gerechtigkeit. Geld/Besitz oder dessen Mangel ist kein moralisches Kriterium. Wohl aber verpflichtet Geld/Besitz zu moralischer Vorbildlichkeit, wie umgekehrt Armut nicht alles entschuldigt. Für das Konzept des Umwelt-Kontos ist nicht die moralische Einstellung der Menschen, sondern allein ihr Verhalten ausschlaggebend, - ein großer Vorteil dieses Konzeptes.

Die Bezeichnung "geldreich" verwende ich beigestellt zu "geistreich", um auf die Problematik in der Bezeichnung "Vermögen" hinzuweisen. Geld und Geist schließen sich nicht einander aus, wie Platon, Seneca, Gautama Buddha, Goethe, Schopenhauer, Marcel Proust, Thomas Mann u.a.m. beispielhaft zeigen. Aber Geld ist auch kein Garant für Geist, noch nicht einmal für Klugheit, wie unzählige Emporkömmlinge ebenfalls zum Leid vieler Menschen demonstrieren. Die Problematik im Begriff des "Vermögens" liegt darin, dass er dazu einlädt Möglichkeit mit Fähigkeit zu verwechseln. Dies liegt in der Abstraktheit des Geldes als Tauschmittel, sofern es uns ermöglicht, uns anderer Menschen Fähigkeiten zu bedienen. In dieser Hinsicht ist ein geldreicher Mensch ein vermögender, - mit dem Makel, dass "nur wer Geist hat, [...] B e s i t z haben [sollte], sonst ist der Besitz g e m e i n g e f ä h r l i c h."¹⁴

¹⁴ Friedrich Nietzsche "Menschliches Allzumenschliches, ein Buch für freie Geister" Zweiter Band, 1. Abteilung Nr. 310, Alfred Kröner Verlag Stuttgart 1978, S. 135. "Geist ist die Selbstkritik des Lebens", Th. Mann, "Nietzsche's Philosophie im Lichte unserer Erfahrung", Frankfurter Ausgabe, Bd. IX, S. 695.

Grundeinkommen

21+ Punkte

"Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade." Dies ist eine Einsicht des Schweizer Pädagogen Johan Heinrich Pestalozzi [1746 - 1827] geboren aus seinem Einsatz für Waisenkinder und bedarf nach Erblühen liberaler Wohltätigkeitsgesten der letzten Jahrzehnte der Erinnerung. Gnade entschuldet, d.h. erlässt Schuld, und ist somit eine Tugend humaner Souveränität. Bei Wohltätigkeit verkommt Gnade jedoch zum Mistloch, weil sie zur Dankbarkeit nötigt, ohne die Ungerechtigkeit der Situation ändern zu wollen. Würden Geldreiche allein ihren derzeitigen Steuerverpflichtungen nachkommen, wäre Wohltätigkeit nicht nötig.

Die Verträglichkeitsgrenze der Ungleichheit ist erreicht, wenn Geldreiche die Geldlosen nicht mehr im Schwerefeld ihres Konsums mit nach oben ziehen (Trickel-down-Effekt), - es reißt der Kontakt und alle versumpfen, weil die Aufstiegskraft der Geldreichen (ihr virtuelles Vermögen) in der Arbeitskraft der Geldarmen (reales Vermögen/Know how) beruht. Das ist auch dann gegeben, wenn schlicht der Konsum zusammenbricht.

Längst benannt, aber selten begriffen, ist, dass jede Einzelleistung immer eine gesellschaftliche ist. Niemand ist das, was er ist und was er kann, aus sich selbst heraus. Milliarden von Menschen haben über Jahrhunderttausende das Wissen gesammelt, dessen wir uns heute selbstverständlich bedienen. Fast alles, was wir heute Lebenden wissen, haben wir von anderen gelernt. Ohne Arbeitsteilung ist heute kein Produkt mehr zu denken. Daher hat jeder ein Recht auf Teilhabe an diesem Erbe.¹⁵

¹⁵ E.A. Rauter, "Vom Faustkeil zur Fabrik", Warum die Werkzeuge die Menschen und die Menschen die Werkzeuge verändern", München 1977.

In Anlehnung an einen Ausspruch Karl Valentins lässt sich sagen: Es ist für alle genug da, nur noch nicht für jeden. Dass jeder Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen hat, dazu will meine Argumentation zum bedingungslosen Grundeinkommen beitragen. Mein Anliegen ist nicht einen Überblick über verschiedene Ansätze zu geben, sondern in knapper Argumentation Bekanntes erneut vor Augen zu führen und nur eingeschränkt Ausführungen anderer dazu zu zitieren.

"Teamgeist" und "Familienzusammenhalt" sind oft beschworene Leitbilder der Leistungsmotivation in Unternehmen. Familienzugehörigkeit definiert sich aber nicht über das Leistungsprinzip. Zur Familie gehört man, - und zwar nicht nach Leistungskriterien. Auch aus einem "Team" wird niemand einfach entlassen. Ausschluss aus der Familie und einem Team kann nur mit einem schweren Vergehen der betroffenen Person gerechtfertigt werden, und zwar einem Vergehen, das den Zusammenhalt der Familie bzw. des Teams im Kern gefährdet.

Hingegen ist das **Teilhabesystem unserer Gesellschaft primär ausgrenzend**, sofern man nämlich sich Teilhabe verdienen muss: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. (Paulus, 2 Thess. 3,10).¹⁶ Gern wird bei der Interpretation dieses Paulus-Satzes vergessen, dass unter den Nichtarbeitenden auch diejenigen sind, die dank guter Renditen übermäßig essen (konsumieren).

Ist Teilhabe an der Gesellschaft (ihren Absicherungen, Produkten und Errungenschaften) nur über Einkommen möglich, dieses an Arbeitslohn geknüpft, so wird das Schaffen bzw. Erhalten von Arbeitsplätzen leitendes und leidiges Bestreben, dass sogar dazu verführt, ökologische Grundlagen zu gefährden, wenn Arbeitsplätze dadurch erhalten oder geschaffen werden können. Ohne Lohnarbeit oder Kapitaleinkommen ist eine Teilhabe an der Gesellschaft, d.h. Zugriff auf grundlegende

¹⁶ Michael Sandal, "Tyranny of merit", NY 2021.

Versorgungsleistung nicht möglich. Alle diejenigen, die kein Einkommen haben sind somit zunächst ausgegrenzt und müssen durch andere Integrationsstrukturen oft teure und aufwendige Integrationsmaßnahmen aufgefangen werden. An die Einkommen sind dummerweise Weise, wie gesagt, alle unsere sozialen Absicherungen geknüpft.

Inanspruchnahmen dieser Absicherungen belasten meist die Kommunen, da sie bei Arbeitsplatzmangel weniger Einnahmen durch Steuern bei gleichzeitig höheren Ausgaben in der Sozialhilfe zu verbuchen haben. Zudem bestimmt immer weniger die Geschicklichkeit der jeweils lokalen Politik die wirtschaftliche Entwicklung. Man denke an die Schließungen des Nokia Werkes (2008)¹⁷ und der Opel-Werke in Bochum (2014)¹⁸.

Als ein Plädoyer für den Beginn einer anhaltenden politische Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen werden hier vor allem die vielfältigen zu erwartenden positiven Effekte desselben herausgestellt. Dann wird vielleicht verständlich inwieweit ich es für politische Fahrlässigkeit halte, die Möglichkeiten zur Einführung desselben nicht intensiv durchzugehen und zu besprechen, - womit deutlich würde, dass viele vermeintlich offene Fragen längst geklärt sind.¹⁹

Ein zwanghaft wiederholter Einwand gegen das bedingungslose Grundeinkommen ist das Vorurteil, die Menschen (und gemeint sind immer "die Anderen") würden nichts mehr tun und der Faulheit (lat. *faulus*: schlecht, übel) verfallen, wenn ein solches ausgezahlt würde. Dabei ist spätestens seit Seneca klar: "Die Menschenseele ist von Natur aus rührig und zur Tätigkeit geneigt; willkommen ist ihr jede Anregung und jeder Anlass, aus sich selbst herauszugehen; noch willkommener ist

¹⁷<https://taz.de/Nokia-schliesst-in-Bochum!/5188318/>

¹⁸<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/opel-und-das-ruhrgebiet-bye-bye-bochum/11035036.html>

¹⁹ s.h. Rutger Bregman "Utopien für Realisten" (2014) Hamburg 2017. Götz W. Werner "Einkommen für alle", Kiepenheuer & Witsch, Annie Lowrey "Give people money", 2018.

dies gerade den minderwertigen Naturen, die sich gerne in Vielgeschäftigkeit aufreiben."²⁰

Diese Eigentümlichkeit wird zur Haltung des modernen homo faber, zu dessen Lauf im Hamsterrad Nietzsche in "Menschlich Allzumenschliches" schreibt: "Es ist das Unglück der Tätigen, daß ihre Tätigkeit fast immer ein wenig unvernünftig ist. Man darf zum Beispiel bei dem goldsammelnden Bankier²¹ nach dem Zweck seiner rastlosen Tätigkeit nicht fragen: sie ist unvernünftig. Die Tätigen rollen, wie der Stein rollt, gemäß der Dummheit der Mechanik. - [...] wer von seinem Tage nicht zwei Drittel für sich hat, ist ein Sklave, er sei übrigens wer er wolle: Staatsmann, Kaufmann, Beamter, Gelehrter."²²

Unter der Überschrift "Die moderne Unruhe" fährt er fort: "Aus Mangel an Ruhe läuft unsere Zivilisation in eine neue Barbarei aus. Zu keiner Zeit haben die Tätigen, das heißt die Ruhelosen, mehr gegolten. Es gehört deshalb zu den notwendigen Korrekturen, welche man am Charakter der Menschen vornehmen muß, das beschauliche Element in großem Maße zu verstärken."²³

Auch die Begründung "inwiefern der Tätige faul ist", bleibt weitsichtig - wenn man zur privilegierten Schicht gehört und finanziell keine Sorgen hat, d.h. im System den richtigen Ort. Friedrich Schiller wusste, dass der "Nutzen [...] das große Idol der Zeit [ist], dem alle Kräfte fronen und alle Talente huldigen sollten", wußte aber auch, was Entbehrung ist, wenn er in seinen Briefen über die Ästhetische Erziehung erinnert: "Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat, aber er muss warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die

²⁰ Seneca: "Von der Ruhe des Gemüts" (De tranquillitate animi) in "L. Annaeus Seneca, Glück und Schicksal" Herg. Marion Giebel, Stuttgart 2009, S. 55.

²¹ Die Aufgabe eines Bankers wird hier freilich sehr einseitig gesehen. Rutger Bregman erinnert in seinem Buch "Utopie für Realisten" allerdings sehr aufhellend über den nahezu wirkungslosen Streik der irischen Banker 1970. "Utopien für Realisten", Reinbek 2017 (3. Auflage 2019), S. 158 ff.

²² Nietzsche, Friedrich, „Menschliches, Allzumenschliches“, Hg. Alfred Bäumler, Alfred Kröner Verlag Stuttgart. 8. Aufl. 1978. 1. Teil NR. 283 "Hauptmangel der tätigen Menschen", S. 229.

²³ ebenda, S. 230.

bessere Natur in ihm regen soll.“²⁴ So pflichtet ihm der Ökonom Charles Kenny gedanklich bei, indem er festhält: “Wenn Menschen arm sind, so liegt das vor allem daran, dass sie nicht genug Geld haben und es sollte keine große Überraschung sein, dass man das Problem sehr gut bekämpfen kann, indem man den Armen Geld gibt.“²⁵

Daher gibt es, neben den grundrechtlichen und sozialen, auch volkswirtschaftliche Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen, nämlich als eine stabilisierende Verteilungsstruktur in Krisenzeiten. In seinem Buch *Utopien für Realisten* bringt Rüdger Bregman schöne Beispiele dafür, dass wir uns Armut nicht mehr leisten können, und erinnert an einige erfolgreiche Aktionen zur Armutsbekämpfung durch Geldzuwendungen in der jüngeren Historie. Ebenso ist hier Annie Lowrey und ihr Buch "Give People Money" zu nennen. Ich will diese nicht wiederholen und bitte, es in den sehr erhellenden Büchern nachzulesen, sondern erinnere daran, wieviel Begabung und Talente unserer Gesellschaft verloren gehen, dadurch, dass Millionen Kinder (jedes 5. Kind z.B. in Deutschland) derzeit (2023) in Armut aufwachsen müssen, und wieviel volkswirtschaftlicher Schaden durch die in der Folge generierten sozialen Kosten entsteht. Ist es nicht schon beschämend, dass man überhaupt mit Kosten argumentieren muss? Jedes Kind hat in den Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verbrieft ein Recht auf Bildung und Entwicklung seiner Fähigkeiten.

Aber auch anders können wir uns die Blockade geistiger Entwicklung durch das Festhalten an der Erwerbsarbeit als alleinige Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe nicht mehr leisten. Jemand der permanent sein Überleben sichern muss, kann nicht kreativ und frei denken. Das wurde in der Corona-Krise nochmal besonders deutlich,

²⁴ Friedrich Schiller, Brief an den Herzog v. Augustenburg, 11. November 1793.

²⁵ Ökonom Charles Kenny „For Fighting Poverty, Cash Is Surprisingly Effektiv“ in: *Bloombergs Businessweek*, 3. Juni 2013. S.h. auch Annie Lowrey, "Give people money", NY 2018, S. 77 ff.

weil es auch die bislang "freiberuflich" und damit als besonders fleißig geltenden Tätigen traf, indem sie zur Untätigkeit gezwungen wurden - damit zur Erwerbslosigkeit, damit zur Teilhabelosigkeit.

Zweitens: Wieviele talentierte Menschen kommen mit ihren Ideen nicht durch, können diese nicht entfalten, weil sie in irgendeiner Erwerbsarbeit festhängen, weil sie bei Kündigung dieser dann nicht wissen, wie sie sich finanzieren sollen?

Drittens: Wieviel völlig sinnlose Dienste werden angeboten, um irgendeine Marktlücke auszuloten, damit die Anbietenden ihr Leben fristen können? Man denke z.B. an das immer noch statthabende Herumtragen von Einwurfwerbung und Gratis-Zeitungen, obwohl fast an jedem Briefkasten erklärt wird, das diese unerwünscht seien. Die meisten Gewerbe aus Einkommensverzweiflung ("Ich-AGs") gehen später zu doppelter sozialer Last pleite, weil sie eben keine Marktlücke gefunden hatten. Oder anders herum gefragt: War das Verkaufen von Tamagotchis in den 90er Jahren, nur weil es bei Produktion gigantischer Müllberge für einige finanziell erfolgreich war, sinnvoll,- d.h. Gemeinwohl fördernd? Überhaupt gehörte hierhin eine umfassende Kritik der gesamten Werbung, sei es die einer vielschichtigen persönliche Vermarktung oder die für Konsumgüter. Dies würde aber hier den Rahmen sprengen.

Ich erwähnte bereits, dass unser ganzes soziales Absicherungssystem (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, alle anderen Versicherungen) darauf abgestellt ist, dass Einkommen erzielt wird. Fällt dieses aus irgendeinem Grunde weg, fallen die Beiträge weg und die Arbeitslosenversicherung springen zeitlich begrenzt mit geringeren Mitteln ein. Dabei gilt: Geht es der Wirtschaft gut, sofern sie zugleich Arbeitsplätze anbietet, dann geht es den Versicherungen und Krankenkassen gut. Geht es der Wirtschaft schlecht bzw. fallen aus irgendeinem Grunde die Einkommen aus, dann geht es auch den

Absicherungssystemen schlecht, sozusagen, ein Rettungsseil, das genau dann reißt, wenn es am meisten gebraucht wird. Unsere sozialen Sicherungssysteme sind gut bei geringen Ausfallserscheinungen, bei genereller Belastung brechen sie zusammen, - und sie sind immer ausgrenzend, nämlich all jene, die, aus welchen Gründen auch immer, kein Einkommen erzielen können.

Den ständig wiederkehrenden Untersuchungen zur Arbeitseinstellung möglicher Grundeinkommensbezieher möchte ich zum Abschluss entgegen halten: Alle Rentner sind im Grunde Empfänger eines "bedingungslosen Grundeinkommens". Die Auszahlung der Rente ist an keine Bedingung geknüpft. Jetzt schaue man sich die Rentner und ihr vielfältiges ehrenamtliche Engagement an. Wären die Menschen grundsätzlich faul, dann dürfte man auch Rentnern ihre Rente nicht auszahlen, Erben nicht ihr Erbe und Kapitalanlegern nicht ihre Rendite, vom Widerspruch einer solchen Einstellung zum Bildungsideal eines selbstbestimmten Menschen ganz zu schweigen.

So gilt es mehr denn je sich vor Augen zu führen, welche positiven Effekte durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden Einzelnen sowie für die ganze Gesellschaft zu erwarten sein könnten. Sollte selbst die Hälfte der von mir aufgeführten Effekte, zweifelhaft bleiben, wäre der Rest immer noch Grund genug, alles zu versuchen, das bedingungslose Grundeinkommen möglich zu machen. Hier gilt, wie bei Verträgen: Die Hinfälligkeit einer Bestimmung lässt die anderen unberührt.

Rahmenbedingungen für die folgenden Ausführungen:

Es gibt zahlreiche Varianten zur Einführung des bedingungslose Grundeinkommens. Sie unterscheiden sich in verschiedenen Beträgen für Kinder und Erwachsene und in der Finanzierung. Am überzeugendsten scheinen mir derzeit die Vorschläge von Götz Werner und Benediktus Hardorp, die die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens (im Folgenden kurz BGE genannt) mit der Einführung einer Konsumsteuer verbindet, die wie die Mehrwertsteuer am Ende der Produktionskette beim Konsum von Dienstleistungen und Produkten erhoben wird und damit zugleich eine umfassende Steuerreform fordert.

Das BGE erfolgt mit der Einführung einer Konsumsteuer und unter Abschaffung aller Steuern, die Arbeitsleistung und Produktion von Gütern oder das Angebot von Dienstleistungen betreffen: vor allem der Lohnsteuer und der Einkommenssteuer (exklusive Kapitaleinkommen oder Steuern zur Steuerung unerwünschter Effekte, z.B. Umweltbelastung).

Das BGE wird an alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland ausbezahlt, wächst in ein bestehendes Einkommen ein und kommt nicht obendrauf. Es betrage bei derzeitigem Kaufwert 1.000,- Euro.²⁶ Ich bin nicht so sehr auf diesen Betrag fixiert. Er wird für Alleinstehende nicht ausreichen, um ein Leben in voller Teilhabe an der Gesellschaft führen zu können. Aber ich denke viele wären sehr froh, wenn sie derzeit ein solches garantiertes Einkommen hätten. Mir geht es nicht darum die ultima ratio in Sachen BGE zu proklamieren, sondern den Blick zu erweitern auf die vielfältigen positiven Effekte, die ein BGE mit sich bringen kann.

²⁶ D.h. März 2023.

Alle Sozialleistungen, die meist die Kommunen extrem belasten, fallen weg: Kindergeld, Wohngeld, "Harz IV", etc. Das BGE könnte z.B. bei besonders Bedürftigen, z.B. Menschen mit Behinderungen, gestaffelt erhöht werden.

Das BGE finanziert sich durch eine Konsumsteuer und wird als Steuerfreibetrag vom Staat (Bund) ausgezahlt, so wie es Götz Werner und Benediktus Hardorp u.a. bereits mehrfach vorgeschlagen haben. Ich empfehle die Darlegungen von Hänli und Schmidt "Grundeinkommen ein Kulturimpuls", wie sie als Video im Internet zu finden ist.

Nun zu den 21+ Lösungen gesellschaftlicher Probleme, die die Politik in Deutschland in den letzten Jahren sehr beschäftigt haben und in den kommenden Jahren verschärft durch Corona-Krise, Ressourcenmangel und Klimawandel weiter beschäftigen werden.

1

Armut, d.h. die versagte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die damit einhergehende Stigmatisierung ist abgeschafft, - wie zu tun sich die Bundesrepublik Deutschland per Grundgesetz in Nachfolge der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen längst verpflichtet hat. Wie bereits gesagt, ist man arm, weil man kein Geld hat, nicht weil man dumm ist. Vielmehr sind Unwissenheit und Unbildung eine direkte Folge von Armut. In der Menschenrechtserklärung durch die französische Nationalversammlung heißt es: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinem Nutzen begründet sein.“²⁷

²⁷ Art. 1, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789.

Obdachlose hätten zumindest ein Einkommen, mit dem eventuelle Notunterkünfte selbst bezahlt werden könnten. Das Recht auf ein Girokonto erhält endlich Sinn, weil dort jetzt auch Einkommen ankommt. Denn, wie der Philosoph und Wirtschaftsforscher Amartya Sen festhält: „Poverty is, of course, a matter of deprivation“²⁸

2

Bezahlbare Kitaplätze: Die Frage, ob Kitaplätze staatlich subventioniert werde müssten, entfällt. Private wie staatliche Kitas könnten von den Eltern durch das BGE der Kinder finanziert werden. Vorteil: Mehr privates Engagement, weniger Staat, schnellere und unbürokratische Umsetzung. Gerade an der Umsetzung durch die finanziell angespannte Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden kommt der Ausbau nur langsam voran. Hingegen liegt der Vorteil der Subventionen durch Land und Stadt im Anreiz, die Kinder tatsächlich in die Kita zu geben. Hier könnte aber eine allgemeine Kita-Pflicht Abhilfe schaffen.

3

Durch BGE könnte eine Kranken- bzw. Alten-Pflege zu Hause finanziell und zeitlich deutlich leichter gewährleistet werden. Vorteil: Pflege durch Angehörige wäre grundsätzlich sofort finanzierbar. Alle langwierigen Antragsprozeduren bei Krankenkassen o. sonstigen Dienstleistern wären z. T. obsolet. Sollten zusätzliche Mittel erforderlich sein, kann es ja diese weiterhin geben.

Aus nächster Nähe kenne ich eine Familie, Eltern mit drei Kindern, eines davon seit Geburt mit schwerer Behinderung. Er verdient das Geld, alle

²⁸ Amartya Sen „Poverty and Famines“. s.h. auch die Studie des WSI, Report Nr. 79, November 2022: „Armut grenzt aus“.

anderen sind ohne Einkommen. Nach mehr als achtstündigem Arbeitstag bearbeitet er die Anträge zur Versorgung des Kindes mit Behinderung und bringt sich in dessen Betreuung ein, während die Mutter den ganzen Tag genug mit aller Betreuung zu tun hatte. Eine dringend erforderliche zusätzliche Pflegekraft kann nur mit hohem bürokratischem Aufwand über die Institutionen erreicht werden. Gerne würde er seine Arbeitszeit verringern (nicht aufgeben!), aber dann fehle das Geld. Laut unserer Annahme stände der Familie im Ganzen ein BGE von 5000,- Euro zu. Damit wäre der Unterhalt der gesamten Familie ohne irgendwelche Anträge bei irgendeiner Sozialinstitution gesichert und die Kinder insgesamt betreut. Gefragt, was der Vater tun würde, wenn allen ein derartiges Grundeinkommen zukäme, antwortete dieser, dass er weiterarbeiten würde, aber in Teilzeit, um sich mehr um seine Familie, speziell das Kind mit Behinderung zu kümmern. Zahlreiche ähnliche Darstellungen finden sich in Annie Lowrey's Buch "Give people money".

4

Keine Schwarzarbeit, da keine Lohn- bzw. Einkommenssteuer, keine Arbeitslosen- und Sozialbeiträge²⁹ daher keine Razzien und Kontrollen in dieser Hinsicht. Entlastung der Behörden: Ortungsamt + Polizei. Weniger Kontrolle durch den Staat, weniger Daten, weniger Datenmissbrauch.

²⁹ Arbeitslosenversicherung könnte als private Zusatzversicherung weitergeführt werden. Die Grundkrankenversicherung liefe über das BGE.

5

Radikaler **Abbau von Bürokratie**: Keine Lohnsteuer bzw. keine Einkommenssteuer, daher keine Erklärungen derselben, keine Formulare, Anträge, Ablehnungen, deutlich weniger Steuerberatung, kein Betrug in den Angaben. Kein Sammeln von Belegen über 10 Jahre. Anträge auf Kindergeld, BAföG, Sozialhilfe, Wohnhilfe etc. entfallen nebst Widersprüchen, Klagen und Gerichtsverfahren, - und dann auch kein Personalmangel in der öffentlichen Verwaltung, weil viele Verwaltungsstellen folglich überflüssig werden.

6

Rohstoffe; Zeit und Energie werden gespart.

Man stelle sich allein die Papierberge von Formularen und Schreiben vor, die allein durch den Wegfall bestimmter Verwaltungsprozeduren ebenfalls wegfallen, nebst begleitender Ressourcen-Verschwendung, Strom, Computer, Kopierer etc. Auch die digitale Beantragung schafft gigantische Datenmengen, die es ebenfalls zu reduzieren gilt. Digitalisierung unsinniger Prozesse ist kein Fortschritt.

7

Fortbildung oder Studium sind für jeden jederzeit möglich, da finanzierbar. - Mangel an Unterhalt ist das große Hindernis für spätere Weiterbildung, wenn es das Arbeitsamt nicht bezahlt. Spätestens mit dem BGE kann niemand mehr sagen, er habe aufgrund fehlender finanzieller Mittel das nicht lernen oder machen können, was er wollte.

Dass dazu freilich auch noch andere Faktoren eine Rolle spielen, ist mir klar: Beschränkte Zugangsbedingungen, hohe Ausbildungsgebühren etc. Aber grundlegend wäre einer Umorientierung möglich.

8

Stärkung des Binnenkonsums. Das BGE wirkt wie ein **Konjunkturprogramm, ohne Staatsverschuldung.**

Mit dem BGE wird es fraglich, inwieweit wir überhaupt eines Konjunkturprogrammes bedürften. Denn das Konjunkturprogramm dient der Belegung des Konsums. Dieser wird gebraucht, damit Arbeitsplätze entstehen bzw. erhalten bleiben. Diese werden gebraucht, damit die Menschen ein Einkommen haben.

Es ist aber unsinnig Menschen zu mehr Konsum anzutreiben, nur damit andere weiterhin einer Arbeit nachgehen können. Unter dem Aspekt des Umweltschutzes ist diese Art der Wirtschaftsbelegung ebenso fatal, wie unter dem Aspekt der Staatsverschuldung.

Letzteres wäre insbesondere nach der Corona-Krise wichtig zu bedenken. Denn es ist fraglich, ob wirklich jede Art von Konsum und Wirtschaft mit großem staatlichen Konjunkturpaketen wiederbelebt werden soll. Beim Grundeinkommen hätten das (Vergleichbar mit dem persönlichen Umweltkonto) die Menschen selbst in der Hand. Zur Grundsicherung der Bürger*innen, wären zumindest dergleichen Konjunkturpakete nicht notwendig.

9

Schutz des Binnenmarktes ohne Abschottungssignal.

Wie zu Beginn als Voraussetzung genannt soll das BGE von einer grundlegenden Steuerreform begleitet sein. Statt aller produktionsbezogenen Steuern soll am Ende eine Konsum-Steuer ausgleichend bei Verkauf erhoben werden (s.h. Hänli und Schmidt "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls"). Folglich käme auf jede importierte Ware ebenso die übliche Konsumsteuer. Alle Waren ständen somit produktionstechnisch in einem fairen Wettbewerb. Versteckte Subventionen durch Steuererleichterung im Produktionsland fielen nicht mehr so stark ins Gewicht.

10

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüter, - dadurch, dass die produktionsbezogenen Steuern wegfallen (s. Punkt 9). Das ist eine ideale Antwort auf den sich in letzter Zeit [2020/21] wieder breit machenden Markt-Protektionismus (à la Donald Trump). Die inländisch produzierten Waren würden durch die wegfallenden produktionsbegleitenden Steuern erheblich billiger. Sie wären auf dem Exportmarkt leichter abzusetzen. Zugleich würden importierte Waren aus Ländern, die viele derzeit bei uns nötigen Abgaben (z.B. zum Schutz der Umwelt) nicht haben, durch die Konsumsteuer gleichgestellt.

11

Familie wird wieder planbar. Derzeit und sicher auch in Zukunft wird ein mehrfacher Wechsel des Arbeitsplatzes und damit der Einkommenssituation stattfinden. Häufig werden nur noch Zeitverträge

abgeschlossen. Dass jemand bei einer Firma in einer Position und Arbeit sein Verdienst-Leben lang bleibt, ist jetzt schon nicht mehr gegeben. Damit wird Zukunft weniger planbar. Auch wenn man derzeit gut gestellt ist und ein hohes Einkommen hat, so weiß man nicht sicher, ob dies so bleibt. Zur Gründung einer Familie, zum Kauf einer Eigentumswohnung oder einem Haus, bedarf es aber einer Planungssicherheit. Das BGE würde diese Basis zurückgeben, und zwar jedem.

12

Liberalisierung der Familienmitglieder:

Parallel zur grundsätzlichen Planungssicherheit für Familien entsteht auch für die Familienmitglieder mehr Absicherung. Sie stehen sich jetzt auch finanziell gleichwertig gegenüber, da jedes Familienmitglied (bzw. Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft) ein Einkommen hat. Das ist bei Trennung nicht unerheblich, wenn der eine Ehepartner z. B. durch den anderen mit den Kindern zurückgelassen wird. Heute haben in der Regel beide Ehepartner eine Berufsausbildung (aber eben nicht immer), damit aber noch lange keinen Arbeitsplatz, folglich ein Einkommen. Würde sich bei einer 4köpfigen Familie ein Ehepartner "davonmachen" und der andere bliebe mit zwei Kindern zurück, so hätten die Zurückgeblieben nach unserer Annahme ein monatliches Einkommen von 3000,- Euro. Damit wäre ihr Unterhalt gesichert.

Ebenso, wenn Kinder aus prekären sozialen Situationen herausgenommen werden müssen, würden sie ihr Grundeinkommen mitnehmen, so dass wenigstens insofern ein Unterhalt da ist und nicht womöglich der Verursacher des sozialen Dilemmas mit gutem Gehalt dasteht, während die Geschädigten nichts haben.

13

Eltern sind als Arbeitsuchende, konkurrenzfähiger, da relativ günstiger.

Auch das wird in den Film "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls" von Daniel Häni und Enno Schmidt gut veranschaulicht. Bei nur einem Erwerbstätigen in einer Familie, muss dieser die anderen mitversorgen, Alleinstehende müssen das nicht, haben für sich allein das ganze Gehalt und könnten ihre Arbeitskraft günstiger anbieten, als ein die Familie ernährende Person. Das BGE dreht die Verhältnisse um. Jetzt steht aufgrund des BGE die Familie grundlegend besser da. Ein Single hätte 1000 Euro, eine vierköpfige Familie 4000 Euro. Hätten beide die gleich Arbeitsstelle für bislang 5000 Euro im Monat, würde die Familie ernährende Person nur noch 1000 Euro hinzuverdienen müssen, die alleinstehende Person 4000 Euro.

Da aber gilt "gleiche Arbeit, gleicher Lohn", dürfte sich jetzt im Wettbewerb der Arbeitskräfte der Lohn bei einem Mittel einpendeln, ca. 2500 Euro.

Behalten Single und Familienmitglied beide ihre Stelle unverändert zum neuen Tarif bei, hat nun der Single 1000 + 2500 Euro im Monat zur Verfügung, die Familie 4000 + 2500 Euro, sprich 1500 Euro mehr als zuvor, die dem Single nun abgehen.³⁰

14

Ein echter Arbeitsmarkt entsteht, auf dem sich Arbeitnehmer (d.i.

³⁰ "Grundeinkommen - ein Kulturimpuls" von Daniel Häni und Enno Schmidt, bei Youtube unter <https://www.youtube.com/watch?v=ExRs75isitw> zu finden.

Unternehmer*in) und Arbeitgeber (Arbeitskraft) auf Augenhöhe begegnen.³¹ Steckt man in Existenznot, hat man keine Verhandlungsbasis, d.h. keine Wahl. Diesen Effekt zeigt jetzt schon der derzeitige "Fachkräftemangel". Die Unternehmen müssen, um Arbeitskräfte zu gewinnen, erheblich bessere Angebote machen.

15

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetze könnten gelockert werden, so dass Arbeitsunwillige oder für die Arbeit ungeeignete Arbeiter*innen leichter zu kündigen wären. Diese fallen dann nicht in die Existenznot, was eines der Hauptgründe für die Arbeitsplatzsicherung darstellte. Umgekehrt können Angestellte, wenn sie mit ihrem Arbeitsumfeld unzufrieden sind, der inneren Kündigung gleich die tatsächliche folgen lassen, weil man nicht ins Leere fällt.

16

Datenschutz: Weniger Daten werden erfasst, weil zahlreiche Kontrollmechanismen nebst Belegmaterial nicht mehr nötig sind. Der Staat kontrolliert lediglich, ob jemand BGE-berechtigt ist, d.h. Bürger des Landes ist oder eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung hat, und ist Garant für den Bezug des BGE. Jetzt entstehen insbesondere durch die On-line-Beantragung von Unterstützungsgeldern millionenfach Daten.

³¹ Die verkehrende Formulierung des Kabarettisten Marc Uwe Kling scheint zunächst schrullig, ist es aber nicht. Arbeitgeber, ist der, der etwas gibt, also gut, großzügig, toll, - Arbeitnehmer, der, der nimmt und dankbar sein darf. Es wird damit ein Abhängigkeit- und Machtverhältnis definiert. Derzeit suggeriert das landläufige Verständnis der Begriffe, dass derjenige der anderer Leistung in Anspruch nimmt, obendrein Dank erhalten soll; bzw. umgekehrt der, der dient, soll sich dafür entschuldigen, d.h. seine Schuld abtragen.

17

Durch die Konsumsteuer ist das BGE konjunkturunabhängig gesichert. Derzeit erhöht Arbeitslosigkeit die sozialen Ausgaben. Weniger Steuereinnahmen stehen höheren Sozialausgaben gegenüber. Zudem ist die Konsumsteuer die gerechtere Steuer, weil derjenige, der verbraucht, und dafür bestimmte Infrastruktur benutzt bzw. nötig macht, auch bezahlt. Die Mehrwertsteuer, wie sie derzeit besteht, gerät deswegen als "ungerecht" in die Kritik, weil sie Steuer von schon versteuertem Geld ist (Lohn- und Einkommenssteuer), weil sie die Preise nach oben treibe und somit die Vermögensungleichheit verstärke. Nach Abschaffung aller an Arbeit gebundener Steuern, hat sich der erste Punkt erledigt. Die anderen beiden Punkte sind nicht richtig gesehen, denn letztlich zahlt der Konsument schon heute alle Steuern und Abgaben, da diese von einem Unternehmen durch den Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen erwirtschaftet werden müssen, sind also verdeckt in den Preisen enthalten. Auch dies wird im oben erwähnten Film von Häni und Schmidt gut dargestellt.

18

Maschinenarbeit wird besteuert, durch die Besteuerung ihrer Produkte. **Menschenarbeit wird erschwinglicher.** Das ist besonders dort wichtig, wo Menschenarbeit erwünscht ist, z. B. in den Pflegeberufen. Durch das Entfallen der Lohnnebenkost sowie der Lohnsteuer werden die Personalkosten deutlich gesenkt. Im Zusammenhang mit dem BGE könnte es sogar zu einem doppelten Effekt kommen.

Eine Pflegekraft verdiene 2100,- Euro brutto, davon gehen derzeit ca.1/3 in Deutschland als Nebenkosten ab, d.h. 700,- Euro. Es bleiben 1.400 Euro netto. Da das BGE in den bestehenden Lohn hineinwächst (nicht oben drauf kommt) zahlt die Pflegeeinrichtung dieser Pflegekraft nach unveränderten Verhältnissen nur noch 1.100, - Euro und könnte bei gleichbleibenden Budget jetzt nahezu 2 Pflegekräfte für die Kosten von einer einstellen. Der Effekt wird sich aber in Wirklichkeit deutlich abschwächen, weil die Pflegekraft unter der Sicherheit und Freiheit des BGE und der Arbeitsmarktlage sehr wahrscheinlich mehr Lohn fordert als 1.100 €, vielleicht 1.800 €. (s.o. Punkt 13 u 14). Damit wäre sie bei einem Einkommen von 1.000,- € BGE + 1.800,- € Lohn, macht 2.800,- €. Die Pflegeeinrichtung würde immer noch 300,- € weniger ausgeben müssen. Sie würde mehr Pflegekräfte finden, weil diese im Vergleich zur Ausgangssituation (2.100,- € brutto) deutlich mehr Geld erhalten und könnte bei gleichbleibenden Kosten-Budget auf 6 Pflegekräfte (Ausgangslage) 7 Pflegekräfte einstellen. Der Effekt für die Pflegeeinrichtungen dürfte deswegen in der Wirklichkeit nicht so beeindruckend sein, weil die Pflegekräfte derzeit chronisch unterbezahlt sind. In anderen Branchen z.B. im Handwerk und Gastronomie dürfte es anders sein.

19

Kreative Leistungen sowie ehrenamtliche Leistungen werden gestärkt. Künstler aller Art müssen sich nicht permanent unter Niveau verkaufen, um ihre Existenz zu sichern. Damit erhält Künstlerische Darstellung einen Rückhalt, der zugleich die Würdigung von Kunst und Bildung auf ein angemessenes Niveau hebt. Auch dies war und ist in der Corona-Krise sehr deutlich geworden. Viele der freischaffenden Künstler standen vor dem Nichts. Die Staatlichen Hilfen kamen zögerlich und unzureichend. Ganze Gruppen wurden durch den Kontroll- und

Vorschriftenwust ausgeschlossen. Unterstützungen wurden an absurde Bedingungen geknüpft. Zum Beispiel konnte sich ein freischaffender Posaunist mit staatlicher Unterstützung durchaus eine neue Posaune kaufen aber nichts zu Essen.

20

Grundrente / Einkommen im Alter ist gesichert. Man wird einwenden, dass man von 1.000,- € im Monat (nach unserer Annahme) auch heutzutage nicht zurecht komme. Das stimmt! Aber wo stehen wir heute in Deutschland?

"Eine Friseurin mit 40 Jahren Lohn auf einem Niveau von 40 Prozent des Durchschnitts kommt im Schnitt auf 0,4 [Renten-]Entgeltpunkte pro Jahr. Die monatliche Rente beträgt 528,80 Euro. Der nach dem Verfahren berechnete Grundrenten-Zuschlag liegt bei 404,86 Euro. Insgesamt kommt die Frau dann also auf 933,66 Euro Rente. In vielen Fällen dürfte der Zuschlag aber deutlich darunter liegen."³²

21

Kommunen werden finanziell entlastet, weil sie nicht mehr für die soziale Grundsicherung verantwortlich sind und jeder Bürger ein garantiertes Einkommen hat.

22

Strukturschwache Regionen werden unterstützt, weil niemand mehr wegen Einkommensmangel umziehen muss. Mangel an Arbeitsplätzen und dadurch Einkommensmöglichkeiten definieren maßgeblich den

³² <https://www.rtl.de/cms/grundrente-ab-2021-vor-allem-frauen-und-muetter-profitieren-4435374> entnommen 26.06.2020 13 Uhr.

Begriff der "Strukturschwäche" einer Region. Im Übrigen würden nicht wenige Menschen gerne der Ruhe wegen von der Stadt aufs Land ziehen, können dies aber nicht, weil sie nicht wüßten, wovon sie dort ihren Lebensunterhalt bestreiten sollten. Eine Familie oder Gemeinschaft von 2-3 Personen könnte das dank BGE bedenkenlos tun, zumal auf dem Land Wohnraum günstiger ist.

23

Eine Grundrechte sichernde, faire Verteilungsstruktur wird errichtet.

Wie wichtig das ist, zeigten die Arbeitseinschränkungen, die durch die Ausbreitung des Corona-Virus verursacht wurden. Menschen, die in einer solchen Notsituation durch Quarantäne von Erwerbsarbeit abgehalten werden, brauchen Zugriff zu lebensnotwendigen Gütern. Nicht nur die Dinge müssen da sein, es muss auch Zugriffsrecht im Sinne von Geld ermöglicht werden. Bei allen Festangestellten besonders bei verbeamteten ist die Virus-Pause vielleicht ein schöne Erholung. Für alle anderen jedoch ein Einkommensdesaster. Hier erinnere man sich an die Studien von Armatya Sen zu der Hungersnot in Bengalen 1943. Nicht Mangel an Nahrung war der Grund für den Hungertod vieler, sondern Preissteigerung und damit die Unmöglichkeit eines großen Teils der Bevölkerung auf die vorhandenen Lebensmittel mittels ausreichenden Geldes zuzugreifen.

Das Persönliche Umwelt-Konto (PUK)

Zur Renaissance der sozialen Marktwirtschaft

"Zu den unabdingbaren Menschenrechten gehört das Recht auf eine Umwelt im besten Zustand [...]"

Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichen Nutzen. Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht [...]"

Die Kosten der Umweltbelastung werden grundsätzlich nach dem Verursacherprinzip aufgebracht... [...]"

Darüber hinaus wird die öffentliche Hand eingreifen müssen, um ein umweltfreundliches Verhalten nicht nur der Unternehmer, sondern auch der Verbraucher durchzusetzen."

FDP, Freiburger Thesen, S.71 - S.76 , 1971

Hätte die FDP diese Thesen weiter verfolgt, hätte es Bündnis90/Die Grünen nie gegeben. Leider ist die heutige FDP hinter Ihre Einsichten von 1971 weit zurückgefallen, wie unsere gesamte Gesellschaft. Wie konnte das geschehen?

Soll der Wandel im Umgang mit allgemein knapper werdenden Ressourcen und zu vermeidenden Emissionen gelingen, bedarf es gesellschaftlich einer gerechten, umfassenden, zukunftstauglichen Verteilungsstruktur.

Da wir unserer Natur nach überwiegend opportunistisch veranlagt sind, reicht ein Appell an die Vernunft nicht, zumal vielen schlicht die Vorstellungskraft und das Wissen für die langfristigen und komplexen Zusammenhänge fehlt. Wir brauchen einen direkten Anstoß unser

Verhalten zu ändern.

Dies zeigt sich im Rahmen der Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Klimatisch gesehen war das Aufkommen des Virus ein Segen.³³ Kein noch so beherzter Appell an die Vernunft hätte die Menschen weltweit zwecks Erhalt des Klimas zum Innehalten bewegt. Wenn diese Maßnahmen wirtschaftlich ein Problem darstellten, dann vor allem verschärft dadurch, dass unsere gesellschaftliche Verteilungsstruktur überwiegend auf Erwerbsarbeit d.h. auf Lohn in Form von Geld, aufgebaut ist.

Aufgrund der Vermögensschiefelage funktioniert die ökologische Umsteuerung über Geld bzw. erhöhte Preise nicht.

Damit würde einem großen Teil der Bevölkerung der Zugang zu Ressourcen stark erschwert, während die wenigen Geldreichen keinen Effekt verspürten. Diese Schwierigkeit ist im Grunde erkannt und Thema der derzeitigen Debatten, - allerdings bislang ohne Lösung.

Ist eine ökologisches Umsteuern **ohne Verordnungen, ohne Handelseingriffe und ohne Steuererhöhung möglich? JA**, indem man Zugriffsrechte an alle Bürger gleich verteilt.

Durch Einführung eines "Persönlichen-Umwelt-Kontos", das

- von Einführung, Zuzug o. Geburt an
- für jeden Einwohner im Geltungsbereich des PUK (Bund, Land o. Kommune) gleich
- nach durchschnittlichen Vorjahres-Verbrauch von seltenen Ressourcen/ schädlichen Emissionen aller
- mit Zugriffspunkten jährlich für jeden gleich **gefüllt** wird,

³³ WRD5 28. Feb. 2020 : <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-politikum-satire/audio-covid-loest-greta-ab-100.html> Sehr beeindruckend dokumentieren auch Satellitenaufnahmen der Nasa die Verbesserung der Luftverhältnisse über China d.h. die deutlich reduzierten Schadstoffemissionen.

könnten wir Ressourcen-/ Emissionseinsparung und die Vermögensschieflage als zentrale Probleme unserer Gesellschaft verbunden angehen. Denn **Einkommens- und Obdachlose haben** etwas, was den Geldreichen abgeht: **Eine gute Ökobilanz.**³⁴

Das hier vorgeschlagene Konzept eines persönlichen Umwelt-Kontos (PUK) verfolgt und kombiniert folgende Ziele:

- dynamisch und flexibel gegen Ressourcenverschwendung und Schadstoffemissionen zu wirken,
- Ausstieg aus Konsum- und Wachstumswahn,
- Armut (insbesondere Kinderarmut) abzuschaffen,
- einen Ausgleich der Vermögensschieflage
- dabei marktwirtschaftlich-liberal bleiben und ohne direkten monetäre Eingriffe auszukommen (Steuern).

Soziale Umverteilung ist zugleich mit dem Anreiz für ökologisches Verhalten Ziel des PUK. Die drei Buchstaben "PUK" stehen auch für **Persönliches-Umverteilungs-Konto**.

Der Ausdruck "marktwirtschaftlich-liberal" bedarf einer Erläuterung: Ich unterscheide zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft und nehme dazu die Definition von Karl Marx als Leitbild, ohne seinen politischen Ideen zu folgen. Der Kapitalismus ist überwiegend (d.h. von seiner Leitidee) vom Schema Geld-Ware-Geld+ getrieben, die Marktwirtschaft von dem Schema Ware-Geld-Ware, d.h. vom Tauschgeschehen im Sinne einer Verteilung von Gebrauchswerten. Die Quelle kapitalistischen Reichtums liegt im Abschöpfen des Mehrwertes, der Ausbeute. Die der Marktwirtschaft in der Reichhaltigkeit gegenseitigen Austausches von

³⁴ polemisch könnte man auf den japanischen Milliardär Yusaku Maezawa verweisen, der seit 2016 eine Touristenfahrt zum Mond in Blick nimmt und dabei keine Probleme hat, sich die dazu nötigen Ressourcen zu kaufen, inkl. Lebenspartnerin. Seriöser ist der Hinweis auf eine Studie des Bundesumweltamtes 39/ 2016.
S.h. auch ARD Panorama ["Das Klima und die Reichen"](#) vom 12. 01. 2023.

Produkten und Dienstleistungen. Kapitalismus nutzt die Ungleichheit zwischen bezahlter Arbeitskraft und Produktionskraft der Arbeit.³⁵ Marktwirtschaft folgt der Idee der Gleichheit des Tausches.³⁶

Liberal ist die Marktwirtschaft meiner Ansicht nach dann zu nennen, wenn von staatlichen Institutionen in einen durch faire Regel definierten Markt nicht beliebig eingegriffen wird. Erst in Zusammenhang von Regeln macht es überhaupt Sinn von einer Eigengesetzlichkeit des Marktes zu sprechen.

Grundlagen :

a) **Wirtschaft** (Volks- bzw. Nationalökonomie) dient zur **Versorgung aller Menschen** mit den für ihre Lebensentfaltung notwendigen Dingen, hernach mit den gewünschten Dingen. "Nachhaltiges" Wirtschaften ist ein Pleonasmus. Wirtschaften zielt immer auf Nachhaltigkeit. Sie versucht Versorgung dauerhaft und wiederkehrend sicher zu stellen.³⁷ Den eigenen Versorgungsast abzusägen nennt man nicht Wirtschaften, sondern Dummheit. Spekulieren ist kein Wirtschaften, sondern stört bzw. zerstört diese. So zerstören Lebensversicherungen, die auf spekulative Mitnahmen ihre Dividende aufbauen, das, was sie zu sichern vorgeben: lebensfreundliche Zukunft.³⁸

³⁵ s.h. Karl Marx, "Das Kapital" im Zusammenhang ausgewählt von Benedikt Kautsky, 1. Buch, 5. Kap., II, "Der Verwertungsprozeß oder die Produktion des Mehrwertes", [Stuttgart 1969, S. 155]: "Daß ein halber Arbeitstag nötig ist, um ihn während 24 Stunden am Leben zu erhalten, hindert den Arbeiter keineswegs, einen ganzen Tag zu arbeiten. Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte."

³⁶ Marktwirtschaft hat es auch vor dem Kapitalismus gegeben. Anette Kehlen hat kürzlich in ihrem Buch "Wir konnten auch anders", München 2021, verschiedene Formen marktwirtschaftlichen liberalen Handels im 14. und 15. Jh. dargestellt, - s.h. besonders Kap. 4 über Mikrokredite.

³⁷ s.h. das sehr lesenswerte Buch von Anette Kehnel "Wir konnten auch anders", München 2021, in dem sie zahlreiche historische Beispiele nennt, wir Wirtschaften als Nachhaltigkeit über Jahrhunderte selbstverständlich war. Erst die industrielle Moderne besonders die Konsumgesellschaft ab den 1960er Jahren setzt dem ein Ende.

³⁸ s.h. die Ausführungen von Joseph Stiglitz in "Der Preis des Profits, wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten", München 2020, besonders der 1. Teil der Schrift.

b) Unter dem Aspekt der Freiheit und Gleichheit aller Menschen gehören alle Ressourcen allen Menschen (richtiger allen Lebewesen) gleichermaßen.³⁹ Niemand hat Wasser, Öl, Gas, Erze u.d.m. hergestellt, daher stehen sie allen zu. Somit ist ein gleicher Zugang zu wichtigen Ressourcen menschlicher Entwicklung (Rawls/ A. Sen, s.a. Menschenrechtscharta der UN) eine Frage der Gerechtigkeit, ein Grundrecht. Grundrechte braucht/kann man nicht "verdienen", weil man sie hat.

c) **Das Nicht-Verbrauchen** von Rohstoffen und **Nicht-Ausstoßen von Giften** ist eine **gemeinnützige Unterlassung**. **Egal aus welchem Grund ein Mensch wenig Ressourcen verbraucht,⁴⁰ dieser Nichtverbrauch sollte gerechterweise positiv angerechnet werden!** "Eine 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' (BNE)", schreibt Nico Peach in All You Need Is Less , "die diesen Namen noch verdient, müsste daher weit über Mülltrennung oder die Funktionsweise einer Windturbine hinausreichen, nämlich primär die notwendige Unterlassung ruinösester Handlungen thematisieren."⁴¹

Die Grundprobleme

Was im Folgenden genannt, ist im Grunde bekannt. Um so mehr wundert es, dass kaum etwas zur Abschaffung dieser Missstände getan wird. Die Systematik, die Struktur, die diese Missstände hervorbringt, bleibt unangetastet.

³⁹ Das gleiche Recht auf Ressourcen ist ein Zugriffsrecht und lässt Erschließungs- und Vermarktungsrechte zunächst unangetastet, sofern diese nicht Zugriffsrechte verletzen.

⁴⁰ Dass z.B. der CO₂-Verbrauch mit dem Einkommen steigt, darauf verweist das Magazin Spiegel in einem Bericht online <http://www.spiegel.de/wirtschaft/klimawandel-das-koennen-sie-persoendlich-dagegen-tun-a-1240539.html> 6. Dez 2018 15:44 Uhr und, wie erwähnt, die Studie 39 /2016 des Bundesumweltamtes.

⁴¹ Niko Paech "Suffizienz als Antithese zur modernen Wachstumsorientierung" in : "All you need is less" a.a.O. S. 178.

Weil das Umweltkonto ökologisch und sozialen Ausgleich verbindet, kann man es daher immer von zwei Seiten beschreiben. Richtiger gesagt verbindet es beide Aspekte nicht, sondern diese ergeben sich aus deren Zusammenhang, wie ihn der UNEP Bericht von 1999/2000 bestätigt (Zitat unten). Ich wähle die Perspektive der Umwelt, weil sie die Grundlage unseres Lebens bildet. Drei zentrale Probleme lassen sich so benennen.

Öko-Schiefelage

Übermäßiger Ressourcenverbrauch / Übermäßige Schadstoffbelastung und deren Verteilung bzw. Verursachung pro Kopf.

Soziale Schiefelage

Extreme Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen.

Motivationsschiefelage

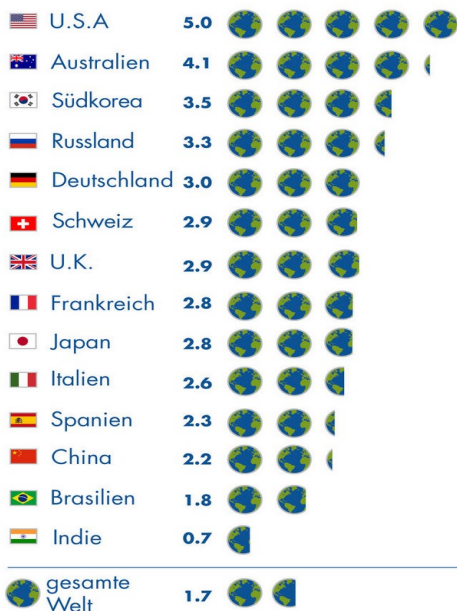
Mangel an fairen Anreizen (gerechtes Regelsystem) zum sozial-ökologischen Handeln.

Öko-Schiefelage

Nicht allein CO₂- und Methan-Emissionen gefährden unsere Lebenswelt. Zahlreiche zum Leben und Wirtschaften wichtigen Ressourcen/Rohstoffe werden in den nächsten 50 bis 100 Jahren deutlich knapper oder aufgebraucht sein: Wasser, diverse Metalle, diverse Chemikalien, seltene Erden, Energieträger, Brennstoffe aber auch Wohnraum und Atemluft, Trinkwasser. Zugleich füllen sich unsere Sondermülldeponie und erzeugen "Ewigkeitskosten".

Wie es generell um unseren Verbrauch an Ressourcen bezüglich der Vorkommen und deren Erneuerbarkeit auf der Erde steht, veranschaulicht folgendes bekannte Schaubild:

Wie viele Erden bräuchten wir, wenn alle Leute der Welt so leben würden wie die Bewohner von...



Source: Global Footprint Network National Footprint Accounts 2018

Soll der Wandel im Umgang mit allgemein knapper werdenden Ressourcen und zu vermeidenden Emissionen gelingen, bedarf es gesellschaftlich einer gerechten, umfassenden Verteilungsstruktur. Oder in den Worten von Bernhard Verbeek:

„Wenn [...] die sozialen Systeme weiter bestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, und zwar über das Recht. Die Folgen – auch und gerade die unangenehmen – müssen möglichst *sofort* auf den

Verursacher zurückwirken. Ressourcen schonend, Eingriffe minimierend.“⁴²

Dazu wird meist gefordert, dass die Preise für Handelsprodukte und Dienstleistungen auch die ökologischen Kosten widerspiegeln sollten(s. o. Freiburger Thesen der FDP 1971). Dies scheint zwar nach dem Verursacherprinzip gerecht, aber nur dann, wenn die Zugriffsrechte relativ gleichmäßig verteilt sind. – Das sind sie aber nicht. Dies führt zum zweiten Problem.

Soziale Schieflage

In Deutschland gehören 0,1 % der Bevölkerung 20% des privaten Vermögens. Jedes 5. Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Diese Schieflage verhindert eine ökologisch richtige Initiative, nämlich die ökologischen Kosten auch im Preis der Produkte wahrheitsgetreu einzubeziehen. Dies würde vielen Menschen den Zugang zu wichtigen Produkten verwehren, wie sich dies in vielen Hungerkrisen gezeigt hat, bei denen nicht Mangel an Nahrungsmittel, sondern schlicht deren hoher Preis dazu geführt hat, dass viele Menschen sich diese nicht leisten konnten.⁴³

Geld ist ein Tauschmittel, durch das man Zugriff auf alle gesellschaftlich produzierten Güter und Dienstleistungen erhält. Wer nicht regelmäßig und ausreichend Geld bekommt, hat diesen Zugriff nicht. Er kann an der Gesellschaft nicht teilhaben. Er würde verhungern, auch wenn die Regale im Supermarkt voll sind.

Seit den 1970er Jahren hat der Unterschied zwischen dem ärmsten Teil unserer Gesellschaft und dem reichsten stark zugenommen. Sogar innerhalb der 10% Reichsten sind die Unterschiede extrem. Diese

⁴² Bernhard Verbeek, ehemals Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund verfasste 1990 die sehr lesenswerte Schrift „Die Anthropologie der Umweltzerstörung“, S. 260.

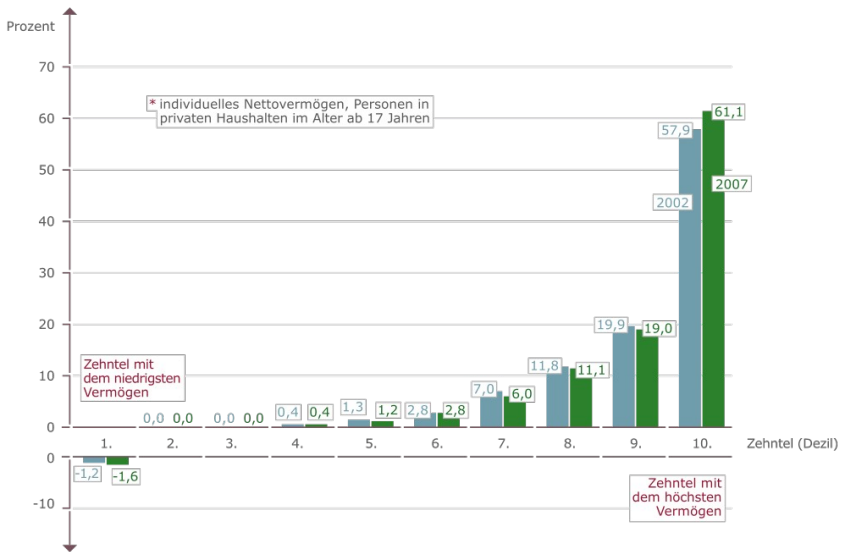
⁴³ Amartya Sen "poverty and famines , An essay on entitelment and deprivation" , NY 1981.

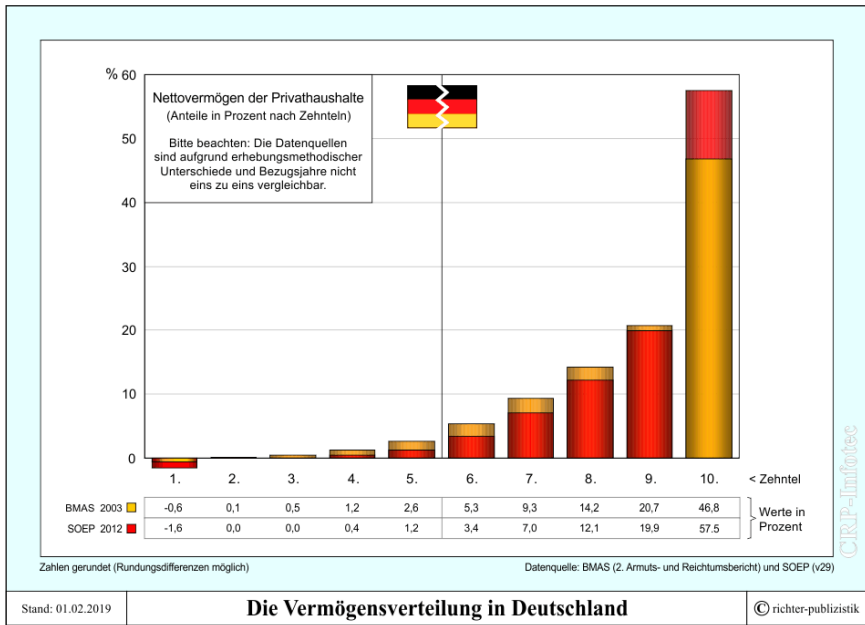
Unterschiede scheinen unwichtig, solange es auch armen Menschen, wie z.B. in Deutschland, viel besser geht als vor einigen Jahrzehnten, solange er nur relativ bleibt und keine realen Auswirkungen habe.

Der Schein trügt: Dem Vermögensgefälle entspricht real ein Bildungsgefälle und ein Gefälle beim Zugriff auf Hightech. Beides wird für die Erwerbsarbeit immer wichtiger. Steigen aufgrund von Verknappung die Preise, wie jetzt im Spätsommer 2022, werden Viele Vieles nicht mehr kaufen können. Zwei Graphiken können das sehr schön veranschaulichen:

Vermögensverteilung

Erwachsene Bevölkerung nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007 *





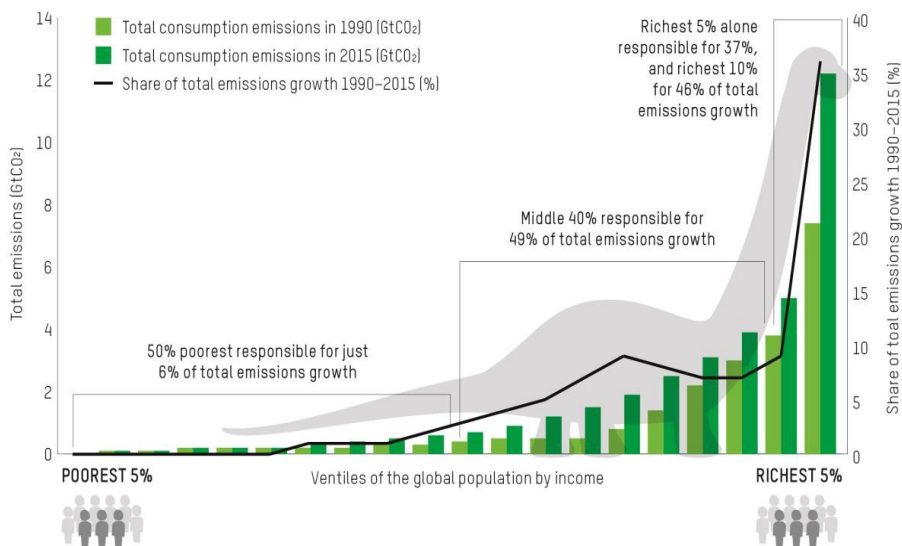
Zur Anhäufung von Kapital in den Händen Weniger, hat der französische Ökonom Thomas Piketty mit Hilfe anderer Ökonomen in seiner Schrift "Das Kapital im 21. Jahrhundert" eine umfassende Analyse vorgestellt. Er untersuchte Vermögens-Verteilungsdaten ausgehend vom 18. Jh. in England und Frankreich unter Hinzuziehung von Daten aus dem 19. Jh. von Deutschland, Japan, Kanada, Italien, Australien bis in die Gegenwart, d.h. 2010.

Fazit der Analysen: in allen Ländern nimmt die Vermögensungleichheit besonders ab den 1970er Jahren kontinuierlich zu und erreicht 2010 nahezu wieder den Stand vom Beginn des 20. Jh's, mit dem Charakteristikum, dass die Renditen r höher sind als die Produktivitätssteigerung p , d.h. $r > p$.

Einzig die beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts bewirkten einen Ausgleich, - leider durch Einebnung. Diese Art des Ausgleichs ist nicht empfehlenswert. Leider brauchte es auch diese beiden Kriege zu gesellschaftlichen Neustrukturierung.

Abschaffung der Monarchie in Deutschland und Österreich zugunsten von Demokratie + Frauenwahlrecht. Nach dem 2. Weltkrieg ebenfalls in Deutschland und Österreich: Gründung eines moderne Rechtsstaates mit umfangreichen Grundrechten und vorbildlicher Gewaltenteilung + Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Einen Dritten Weltkrieg können und wollen wir uns aber nicht leisten.

Ein Obdachloser fährt nicht Jetski auf dem Rhein, fliegt nicht zum Shoppen nach NY oder macht dreimal im Jahr Urlaub. Kinder, überhaupt Menschen mit geringem Einkommen haben national wie international eine gute Ökobilanz. Erwartbarer Weise entspricht der zunehmenden ungleichen Verteilung der Vermögen, eine entsprechende ungleiche Verursachung der Umweltzerstörung, wie Oxfam kürzlich hinsichtlich der CO₂ - Fussabdruckes feststellte.⁴⁴



In der Erklärung des UNEP von 1999/2000 heißt es:

⁴⁴ <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>
s.a. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Das-Klima-und-die-Reichen-Begrenztes-CO2-Budget-fuer-jeden,klimareiche12.html>

„Die beiden Hauptursachen für die Zerstörung der Umwelt sind die anhaltende Armut beim größten Teil der Erdbevölkerung und der exzessive Konsum einer Minderheit. So weitermachen wie bisher ist nicht tragbar, und wir können auch nicht mehr länger warten, bevor wir etwas unternehmen.“⁴⁵

Der große Unterschied in der Vermögensverteilung bedeutet, dass Menschen mit viel Geld entsprechend frei auf Ressourcen der Gesellschaft zurückgreifen können. Eine ökologisch bedingte Preiserhöhung würde diese nicht berühren, obwohl sie pro Kopf am meisten Ressourcen verbrauchen und Emissionen ausstoßen und zugleich durch ihre Investitionen das Emissionsgeschehen und den Ressourcenverbrauch entscheidend bestimmen.

Umgekehrt leisten sehr viele Menschen durch Verzicht viel zum Erhalt unserer Umwelt, ohne dass sie dafür einen Ausgleich erhalten, während wenige Reiche zugleich auch deren Lebenswelt zerstören.

Folgerung

Mit der Einführung eines persönlichen Umweltkontos würde sich das ändern, indem es die Ökoschieflage und die Vermögensschieflage gegeneinander ausgleicht. **Es wäre das erste Konzept nachhaltig sozialen Ausgleichs, das auf Recht basiert und nicht auf Almosen, ein Grundbaustein einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.**

Der Nobelpreisträger für Wirtschaft, Joseph Stiglitz, hält in seinem 2019 veröffentlichten Buch "Der Preis des Profits" als Grundeinsichten aus dem neoliberalen Wirtschaften seit den 1970er Jahren fest:

"Je geringer die soziale Spaltung und Ungleichheit in einer Gesellschaft sind, umso größer ist ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit." Desweiteren "müssen sich staatliche Programme, die Wohlstand für alle

⁴⁵ UNEP, Global Environment Outlook 2000 (London:Earthscan 1999) zitiert aus:"Die Grenzen des Wachstums, Das 30-Jahre Update" 6. Aufl., Stuttgart 2020.

erreichen wollen, sowohl der Verteilung von Markteinkommen [...] als auch auf Umverteilung konzentrieren."⁴⁶

Die Idee:

Jede im Geltungsbereich von PUK gemeldete Person erhält mit Einführung (bzw. von Geburt an) ein **Persönliches Umwelt-Konto (PUK)**, versehen mit einer Identifikationsnummer.

Gemessen am jährlichen Durchschnittsverbrauch (aller Teilnehmer von PUK, später aller Menschen weltweit) der zu schützenden Ressourcen/vermeidenden Emissionen wird eine Punktemenge bestimmt.

Jedes Konto wird jedes Jahr, gemessen nach dem Durchschnittsverbrauch aller im Vorjahr (oder einem anderen Zeitraum, wenn sinnvoll), mit Punkten gefüllt. **Das Konto ist somit von Beginn an gefüllt und wird jedes Jahr für alle gleich neu aufgefüllt.**

Mit den Punkten hat jeder Bewohner des PUK-Bereiches Zugangsrechte zu schützenswerten Ressourcen bzw. Emissionsrechte (z.B. CO₂). Damit wird grundsätzlich den Zugriffsrechten durch Geld eine soziale Ausgleichswährung beigestellt. Beim Kauf punkte-pflichtiger Gegenständen, Ressourcen oder Dienstleistungen, werden via ID-Nummer vom Umweltkonto Punkte abgezogen.

Zum Beispiel:

Ich gehe im Supermarkt einkaufen, 20 Artikel, davon 12 punkte-pflichtig (wer das bestimmt wird noch geklärt). An der Kasse zahle ich, wie jetzt, die normalen Preise. Auf dem Kassensbon stehen neben den Artikeln bei

⁴⁶ Stiglitz, Joseph "Der Preis des Profits, Wir müssen den Kapitalismus vor sich selbst retten", München 2019, S. 25.

den 12 Artikeln die Ressourcenpunkte, die am Ende ebenfalls als Summe aufgeführt werden. Nach Angabe der Ressourcenkontonummer, werden diese von meinem Ressourcenkonto abgebucht, - nur die Summe. Zahle ich bar, muss der Vorgang mit Id-Karte erfolgen. Zahle ich über Karte oder digital können diese Zahlungsprozesse parallel ablaufen.

Beispiel Kassenzettel

	1 Punkt = 1 €		
1 kg Bananen	4,50 €	3 P	7,50 €
1 l Bio -Milch	1,30 €	0 P	1,30 €
1 l Billig-Milch	1,10 €	4 P	4,10 €
500g Fleisch	6,40 €	7 P	13,40 €
500g Bio-Fleisch	9,60 €	2 P	11,60 €
500g Kaffee	6,99 €	5 P	11,99 €
500g Fairtrade Kaffee	9,60 €	1 P	10,60 €
1 kg Bio-Spitzkohl	5,50 €	0 P	5,50 €
Summe	44,99 €	22 P	66,99 €

Wird an der Kasse gezahlt: Euros wie üblich, UP via ID-Kontonummer.

Summe inkl. UP-Preis

(hier nur beispielhaft unter der Annahme von 1 UP = 1 € aufgeführt. **Der UP-Preis ist jedoch nicht fix, sondern verändert sich permanent.** Dem Konzept nach wird er i.d.R. steigen.

Das Beispiel geht davon aus, dass bereits ein detailliertes System besteht, das auch seltene Ressourcen in Alltags-Produkten erfasst. Zur Einführung des PUK wäre es aber sinnvoll erst mit Ressourcen und Emissionen zu beginnen, die lokal gebunden und gut nachzuhalten sind, wie z.B. Trinkwasser, Gas, Heizöl, Strom, Wohnraum. Weiteres im Abschnitt Umsetzungs-Vorschläge und unter Kritikpunkt 9.

Was mache ich, wenn ich keine Punkte mehr habe?

Sind die Punkte des Kontos verbraucht, dürfen unbeschränkt von anderen Kontoinhabern Punkte dazu gekauft werden. Das Umwelt-Konto darf auch im Laufe des Jahres bis zur Ausgabemenge überzogen werden. Für den Überzug werden Gebühren an das ein staatliches regierungsunabhängiges Verwaltungsinstitut fällig, das diese nach Abzug ihrer Kosten z.B. an die Kommunen, der jeweiligen Kontoinhaber weiterleitet.

Sollte man nicht den Zukauf deckeln?

Das ist zunächst nicht nötig, weil dieser durch die Ausgabemenge nach dem Durchschnittsverbrauch aller bereits beschränkt ist. Der Zukauf beschleunigt den Vermögensausgleich.

Ist kein Zukauf mehr möglich und das Dispo-Limit erreicht, steigen die Kosten weiterer Überziehung stufenweise stark an (d.h. es gibt einen Grenzwert!). Der Preis für Dispo-Punkte sowie totaler Überziehung dient als Preisgrundlage für den Punkte-Verkauf.

Und was geschieht, wenn ich nicht alle Punkte verbräuche?

Nicht verbrauchte Punkte können gespart werden oder eben verkauft. Die gesparten Punkte und die nichteingerechneten gehandelten Punkte senken somit den Durchschnittsverbrauch und damit die Punkteanzahl der im kommenden Jahr auszugebenden Punkte.

Durch den Verkauf von Punkten können sich Bürger*innen Geld erwerben (Zugangsrechte zu anderen Produkten bzw. Leistungen). Der Verkauf sollte begrenzt werden. So sollte ein festzulegender Anteil für die persönliche Verwendung im direkten Lebensumfeld verbleiben.

Wer bestimmt die Punktemenge und die punkte-pflichtigen Produkte und regelt deren Handel?

Ein regierungsunabhängiges Institut (ähnlich wie die EZB oder der Rundfunkrat) könnte zu all dem detaillierte Regeln aufstellen.

Welche Aufgaben hätte ein solches unabhängigen Instituts?

- Die Ressourcen bzw. Schadstoffe benennen, die mit Punkten zu belegen sind. Man kann zunächst mit wenigen beginnen.
- Die Punktemenge, die für Ressource oder Schadstoff angesetzt werden.
- Die Punktemenge ermitteln, die jedes Jahr den Bürgern zu Verfügung steht, und zwar nach dem Durchschnittsverbrauch der Ressourcen und Schadstoffe der Bürger/innen im Vorjahr.
- Es verwaltet die PRKs.
- Stellt Regel für den Handel mit Ressourcen-Punkten auf und überwacht den Handel.

Meine Regelungsvorschläge:

- **zur Mengenermittlung:** Überzugspunkte werden nicht und zugekaufte nur eingeschränkt in den durchschnittlichen Punkteverbrauch für die Ausschüttung im folgenden Jahr

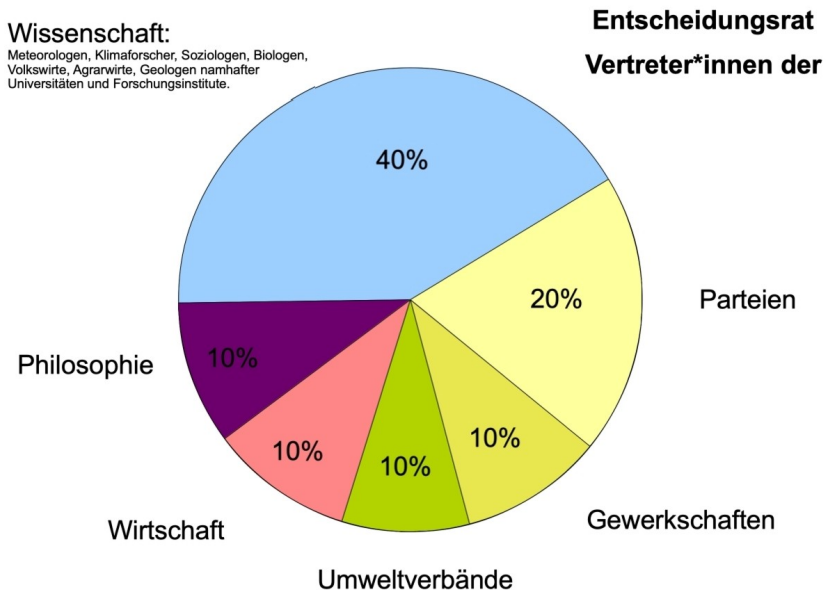
eingerechnet. Damit vermindert sich die Durchschnittsmenge kontinuierlich. Gesparte und später für persönliche Zwecke verausgabte Punkte sollten hinzugerechnet werden.

- **zum Handel:** Zwischenhandel mit Punkten sollte nicht erlaubt sein, d.h. keine Spekulationsgeschäfte!

Das bedeutet jeder kann nur für seinen *direkten* Bedarf Punkte hinzukaufen. Das Aufkaufen zwecks Rücklage ist unzulässig. Das Zukaufen bei nicht ausreichender Menge hingegen erlaubt. Weil bekannt ist, dass in Zukunft die Punktemenge sinkt und damit der Verkaufspreis steigt, muss hier unbedingt ein Riegel vorgeschoben werden.

Welche Personen sollten in einem solchen Institut vertreten sein?

Ich denke es sollte aus zum großen Teil Wissenschaftlern relevanter Disziplinen bestehen. Hier mein Vorschlag:



Welche Wirkung hätte das PRK auf die Gesellschaft?

A) Seite der Besitzenden (bzw. Geldreichen)

- Beruhigung, Privatbesitz bleibt unangetastet,
- wird aber vergesellschaftet. Der ungleich verteilte Besitz, muss auf neuer Ebene geteilt werden.⁴⁷
- Die Macht des Geldes wird in einigen Bereichen eingeschränkt, durch gleichwertige Zugriffs-Rechte.

B) Seite der Besitzlosen/ Einkommensschwachen, sie erhalten

- gleiche Zugriffs-Rechte und damit die Möglichkeit einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft.
- eine Quelle zum Gelderwerb durch Verkauf von RP's.
- Ihr Selbstwertgefühl zurück, weil allein ihr Dasein ihnen Zugriffs-Rechte verbürgt. Gemäß GG, Art. 1, Abs. 1: „ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Welchen gesellschaftlich-politischen Vorteil hat dieses Öko-Umverteilungs-Konzepts gegenüber einer Regelung durch Besteuerung/Anordnung?

- Es kommt ohne spontane Einzel-Verordnungen und direkte Eingriffe aus, sondern gibt ein faires Regelwerk für langfristiges Verhalten.

⁴⁷ Gemäß GG, Art. 14, Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Zum Betrieb vieler Eigentumswohnung muss nun ein Besitzer Mitbürger finden, die diese bewohnen bzw. zum Teil bewohnen, weil sein privates Ressourcen-Konto nicht genügend Ressourcen-rechte hergibt, die zum Betreiben mehrerer Immobilien braucht.

- Die Umverteilung findet **positiv** durch gleiche Verteilung von UP's statt.
- Die Effekte sind unmittelbar.
- Es ist marktwirtschaftlich-liberal, umwelt- und familienfreundlich.
- regierungsunabhängig
- schneller
- dynamischer
- situativer
- gerechter
- preisneutral [während Steuern den Preis erhöhen, Schwarzhandel-Gefahr]
- es ist unabhängig von anderen Strukturmaßnahmen (Grundeinkommen, Reichen- bzw. Ökosteuer), behindert diese aber auch nicht.

Was heißt das, schneller, dynamischer, situativer?

Verordnungen, noch mehr Gesetze bedürfen eines längeren Weges durch die Instanzen. Die zugenommene Verknappung einer Ressource könnte von dem entsprechenden Institut festgestellt und mit Erhöhung der Punktekosten beantwortet werden.

Sollte während Dürremonaten Trinkwasser knapp werden, und diese noch nicht punkte-pflichtig sein, kann eben eine solche Punktepflicht beschlossen werden. Sollte sich diese Lage dynamisch zuspitzen, kann ebenso dynamisch geantwortet werden. Sollten sich lokale Spitzen entwickeln kann ebenso situativ reagiert werden.

PUK Pendlers / Gäste / Bürger*innen im Ausland

Jeder im Geltungsbereich amtlich gemeldete Person erhält ein PUK + Identifikationsnummer, Staatsbürger, Menschen mit Arbeits- und

Aufenthaltsgenehmigung. Obdachlose, die meist nicht gemeldet sind bzw. keine Wohnadresse haben, könnten beim örtlichen Bürgeramt gemeldet sein.

Eine Schwierigkeit bleibt, wie man mit Personen und deren Punktezugriff umgeht, die häufig oder immer wieder den Geltungsbereich von PUK verlassen, d.h. Ressourcen außerhalb nutzen.

Jemand (nennen wir ihn "Herr Cleversmart", den pfiffigen Umgeher jeglicher Regelungen zu seinem Vorteil) kann im Bereich von PUK amtlich gemeldet sein und für sich einen oder mehrere Monate im Außenbereich von PUK sich aufhalten.

Herr Cleversmart fliegt z.B. zum Badeurlaub in die Südsee. Verursacht durch den Flug großen Ausstoß an CO₂ und Verbrauch an Kerosin, nutzt in der Zeit die Ressourcen des Aufenthaltsortes und verursacht dort Müll. Zuhause steht er als Sparer da! Denn dort würde er folglich deutlich weniger Ressourcen in Anspruch genommen und weniger emittiert haben, als alle diejenigen, die Zuhause geblieben sind. Bei einer Jahresbudgetierung von Zugriffspunkten könnten er so sogar Punkte übrig haben und diese Gewinn bringend verkaufen.

Inwiefern ist das überhaupt ein Problem?

Vorsicht, tappen wir nicht in die moralische Falle! PUK ist ein Konzept zur gerechteren Verteilung innerhalb seines Geltungsbereiches, und zwar allein nach realen Verhaltensweisen der Personen innerhalb dieses Bereiches. Und nur dies ist von Interesse, nicht, was die Leute denken oder was sie außerhalb dieses Bereiches tun. Es bewertet eben nicht die moralische Haltung einer Person. Wie sollte das auch geschehen?

Ressourcen, Emissionen und Müll außerhalb des Geltungsbereiches von PUK, sind Herausforderungen des Außenbereiches und deren Bewohner. Freilich würden wir uns wünschen, dass jeder der den

Geltungsbereich von PUK verlässt, auch außerhalb sich anständig und umweltfreundlich benimmt.

Aber, wieviele Personen, die im PUK-Bereich mit dem Hauptwohnsitz gemeldet sind, wird es geben, die nur um PU-Punkte zu sparen dafür extra lang oder häufig in den Außenbereich wechseln? Oder genauer gefragt, wird diese Zahl an Personen nach Einführung deutlich zunehmen? Welchen Effekt wird das haben, wird es PUK unterlaufen? - Nein, wird es nicht!

Welche Effekte sind zu erwarten?

Die PUK Punkte werden ausgeschüttet gemäß des Durchschnittsverbrauches, was heißt, dass bei ungleichem Verbrauch, weniger als 50% aller Beteiligten diesen Durchschnittsverbrauch erreichen.⁴⁸ Wir wissen aus verschiedenen Untersuchungen, dass ein geringer Anteil der Bewohner, nämlich die überdurchschnittlich finanziell Bessergestellten, den weit überwiegende Teil der Ressourcen verbraucht und der Emissionen erzeugt. Das heißt, dass nur wenige in der Lage sein werden, monatelang und/oder immer wieder im Außenbereich von PUK zu verweilen, nur um dort Punkte zu sparen. Da gesparte Punkt für die kommende Ausschüttung nicht und verkaufte Punkt nur zur Hälfte zählen, drücken sie faktisch die Ausschüttungsmenge, heben damit den Wert der jeweiligen Punkte und stärken den Willen aller möglichst wenig Punkte zu verbrauchen.

Bliebe es bei einem Pendel-Verhalten, wie es derzeit ist, bräuchte es keine besonderen Maßnahmen, da dieses Verhalten und dessen

⁴⁸ Weswegen die Anzahl der "Gewinner" durch Einführung von PUK auf jeden Fall mehr als 50% der Personen sind.

Läge der Prozentsatz bei der Hälfte der Einwohner genau bei 50% würden 100% aller Einwohner genau das Verbrauch, was sie brauchen, nicht mehr und nicht weniger.

Verbrauchswirkung in der Ermittlung des Durchschnittsverbrauches bereits eingefangen und nivelliert ist. Wer in Zukunft, dann sein Pendelverhalten einstellt und im PUK-Bereich bleibt, wird es schwierig haben mit der Durchschnittsmenge auszukommen, weil er eben sein Verhalten dem Außenbereich angepasst hat und durch seine willentliche oder unfreiwillige Umgehung das Niveau mitbestimmt hat. Wieder eintauchend in den PUK-Bereich als ständiger Bewohner wird Herr Cleversmart erwartbar sein PUK erst einmal überziehen oder durch Zukauf von Punkten erneut einen Impuls zu mehr Umweltfreundlichkeit setzen, d.h. die Punktepreise nach oben treiben.

Es könnte Außer-PUK-Cleversmarts geben, die sich als Obdachlose im PUK-Bereich melden, dort aber nie gewohnt haben und dies auch nicht vorhaben. Dies wäre eine schlichte Betrugssache und strafrechtlich zu verfolgen. Man könnte solchen Personen bei Entlarfung den Zugang zum PUK- Bereich komplett versagen bis sie alle Geldvorteile aus dem Betrug ausgeglichen hätten + Strafe.

Ein gefülltes PUK-Konto bekommen nur gemeldete Bewohner des PUK-Bereiches.

Touristen, könnten ein ein leeres PUK-Konto erhalten, auf dem sie, auf die Tage ihres Aufenthaltes runter gebrochen, Durchschnitts-Punkte überziehen können. Z.B. : 14 Tage Aufenthalt = 14/365 der jährlichen Ausschüttung. Die tatsächlich von ihnen genutzt Punktemenge wird am Ende des Jahres abgerechnet, ähnlich wie eine Kurtaxe oder Stromrechnungen bei Ferienhäuser im Ausland. Überziehen sie mehr als durchschnittlich zugebilligt, wird es wie sonst überdurchschnittlich anwachsend teuer.

So hat jeder, der den PUK-Bereich einmal betritt, ein PUK, aber nur diejenigen, die ihren ständigen Aufenthalt dort gemeldet haben, bekommen ab Einführung, Zuzug oder Geburt ein jährlich gefülltes PUK.

Ausschlag gebend ist dann der Kalendertag. 31. Januar (Zuzug o. Geburt) = 334/365 der Ausschüttung für diese Jahr.

Territorialen Grenzen des PUK

PUK kann eingeführt werden: kommunal, regional, landesweit, bundesweit, international, global. Globalität ist nicht erforderlich. Die politisch-rechtlichen Kompetenzen des jeweiligen Geltungsbereichs beschränken entsprechend die Möglichkeiten bestimmte Ressourcen/Emissionen mit Umweltpunkten zu belegt. Eventuell müssten auch neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Eine Stadt wie Köln könnte z.B. Wohnraum als Ressource bepunkten, Trinkwasser und Strom.

PUK-Grenze überschreitender Warenverkehr

Es könnten verschiedene Maßnahme ergriffen werden, die ein Umgehen der Zugriffsrechte des PUK verhindern. Hier können freilich nur beispielhaft einige Aspekte Erwähnung finden. Denn genau diese Maßnahmen auszuarbeiten bzw. entsprechende Regelungen zu finden wäre Aufgabe des regierungsunabhängigen staatlichen Instituts, das die Umweltpunkte-Konten verwaltet.

Allgemein kann man zweierlei Ressourcen/Emissionsbereiche unterscheiden.

A) territorial gebundenen Ressourcen/Emissionen: z.B. Wohnraum, Strom, Wasser, Müll.

B) territorial ungebundene: alle übrigen Waren, die von außerhalb des Geltungsbereichs des PUK in diesen eingeführt werden.

Daraus ergibt sich, dass man zur Einführung des PUK zunächst bei den territorial gebundenen Ressourcen/ Emissionen beginnen sollte.

Denkt man das Ganze aber umfassender, so kann man weiter zwischen Waren/Inanspruchnahmen, die frei d.h. von überall her lieferbare sind, unterscheiden und Waren/Inanspruchnahmen, die zum

Teil regional gebunden bleiben, z.B. Güter, die zur Verwendung regional angemeldet werden müssen, wie PKWs. Kaufe ich mir einen PKW auf dessen Kauf Punkte berechnet werden außerhalb des Geltungsbereiches, so muss ich spätestens bei der Anmeldung die entsprechenden Punkte nachzahlen.

Kaufe ich punkte-pflichtigen Treibstoff außerhalb des Geltungsbereiches, liegt das selbe Problem vor, wie jetzt bei der Erhebung der CO₂-Steuer, die unter Umständen durch Tanken im Ausland umgangen werden kann.

Klar ist: Um so größer der Geltungsbereich des PUK wäre, desto stabiler wäre seine Struktur und desto umfassender könnte es angewendet werden. Ähnlich wie bei der Verrechnung von Einfuhr- versus Umsatzsteuer (UmSt-Id.-Nummer) könnte die Bundesrepublik Deutschland auch für alle Lieferungen von Waren eine Angabe der PUK-Identifikationsnummer zur Pflicht machen. Das kann eine Stadt nicht. Das Tanken im Ausland wäre somit immer noch punktefrei möglich. Diese grenznahen Vorteile sind aber auch jetzt schon da, wohl auch nicht zu beseitigen und haben ihre Grenzen, weil niemand von Bielefeld nach Venlo fahren wird, nur weil dort der Treibstoff um ein paar Cent günstiger ist.

Vorläufiges Fazit: Die Effektivität und Umfang des PUK hängt von der Größe des Geltungsbereiches ab. Um so kleiner der Geltungsbereich ist, desto mehr muss sich die Punktepflicht auf territorial gebundene Ressourcen/Emissionen beschränken. Mit den selben Problemen hat aber auch eine Besteuerung zu tun.

Schlusswort:

Es heißt zuviel erwarten, wenn man hier alle gesellschaftlichen Aspekte auch nur grobzügig berücksichtigt finden will. Das kann ein Einzelner nicht leisten. Dennoch schien es mir wichtig, manche Aspekte weiter

auszumalen, damit die Möglichkeit einer Umsetzung und die Zielrichtung der Idee deutlicher werden. Zudem ist bekannt, dass es kein absolut gerechtes System der Verteilung gibt. Mit dem PUK würde aber Vieles gerechter werden.

Richtig bleibt:

„Wenn [...] die sozialen Systeme weiter bestehen sollen, muß eine stabilisierende Rückkopplung zum Erhalt der ökologischen Basis eingebaut werden, und zwar über das Recht. Die Folgen – auch und gerade die unangenehmen – müssen möglichst *sofort* auf den Verursacher zurückwirken. Ressourcen schonend, Eingriffe minimierend.“⁴⁹

⁴⁹ Bernhard Verbeek, ehemals Professor für Zoologie und Didaktik der Biologie an der Universität Dortmund verfasste 1990 die sehr lesenswerte Schrift „Die Anthropologie der Umweltzerstörung“, S. 260.

Kritikpunkte:

1. Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte
2. Das Konzept erinnert an den Handel mit CO2-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.
3. Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert.
4. Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.
5. Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten.
6. Das Konzept ist effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse hervorgebracht, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.
7. Warum kann man sich keine Punkte durch ökologisch sinnvolles Handeln dazuverdienen?
8. Ist das PUK nicht Kommunismus pur?
9. Das Konzept ist nicht umsetzbar.

Zu Kritik-Punkt 1: Ökodiktatur, Verlust individueller Freiheitsrechte

Wir sagten zu Anfang in den Grundlagen: Alle Ressourcen gehören allen Menschen gleich. Ihre Vermarktungsrechte dagegen bleiben durch das PUK unangetastet. Punktesystem und -verteilung werden von einem Gremium verwaltet, das nicht der Regierung unterstellt ist, sich nach demokratischen Regeln als gesellschaftliches Entscheidungsorgan konstituiert und allein nach Maßgabe ökologischer Notwendigkeit und sozialer Verträglichkeit seine Entscheidungen trifft. Klimawandel und Ressourcenknappheit machen eine deutlich Zäsur in unserem Konsumverhalten unabdingbar. Anders als in einer Diktatur wird nicht willkürlich vorgeschrieben, sondern im Sinne des Gemeinwohls für alle verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen.

Es gibt kein Recht auf Verschwendung. - Ein Recht, mehr von einer Ressource verbrauchen zu dürfen als andere, bedarf einer Begründung aus besonderer Sachlage. Zudem werden keine konkrete Verbrauchsmengen vorgeschrieben, noch in die Preisgestaltung eingegriffen. Das PUK wird nach Punkten verrechnet. Diese regeln den Zugriff auf einen Ressourcen-Fond. D.h. jemand kann von einer Ressource erheblich mehr als der Durchschnitt verbrauchen, muss dann allerdings bei anderen Ressourcen sparen. Geschieht dies einseitig und von sehr vielen, wird nach der Regel der Verknappung der Punktwert der entsprechenden Ressource sich marktentsprechend erhöhen. Das PUK gewährt somit individuelle Freiheit in Form sozialer Gerechtigkeit.

Zu Kritik-Punkt 2: Das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, der bislang nicht richtig klappt.

Ja, das Konzept erinnert an den Handel mit CO₂-Zertifikaten, unterscheidet sich aber in zwei wesentlichen Punkten. Warum der CO₂-Handel bislang nicht funktioniert, liegt vor allem daran, dass zu viele Zertifikate ausgegeben wurden und diese zu günstig. Beide Fehlerquellen hat das Umwelt-Konto nicht, weil sich das Niveau der Punkteverteilung aus dem Durchschnittsverbrauch ergibt und an diesen gebunden bleibt. Die Zukaufsmöglichkeit einer Person ist nicht begrenzt, kommt aber doch an Grenzen, und zwar so, dass gerade bei der Einführung ein starkes Signal zum Einsparen des Ressourcenverbrauchs bei geldreichen Personen zu erwarten ist. Zudem verbindet das Ressourcen-Konto zwei sozial problematische Gesellschaftsbereiche, den Umweltschutz mit der Vermögensumverteilung, sodass jeder Zukauf aufgrund ungleicher Besitzverhältnisse automatisch das Vermögensgefälle reduziert.

Zu Kritik-Punkt 3: Punkte-Verrechnung zu komplex, kompliziert

Es steht außer Frage, dass zur Einführung und Durchführung ein erheblicher Aufwand betrieben werden muss. Die entsprechende Behörde, der Entscheidungsrat sowie ein funktionstüchtiges Verrechnungssystem müssen gebildet werden. Doch trotz der Komplexität erscheint es mir machbar. Mit unserem Rentensystem, mit all seiner personenbezogenen Punkteermittlung oder mit der Einkommens - und Lohnsteuerbearbeitung betreiben wir längst eine viel komplexere Verrechnung. Außerdem könnte man sich bei PUK zunächst auf die wichtigsten Ressourcen /Emissionen beschränken und/oder regional beginnen. S.h. Umsetzung unter Punkt 9.

Zu Kritik-Punkt 4: Datenschutz. Das Kaufverhalten wird gläsern. Sozialkontrolle wie in China.

Vorgeschlagen ist eine Verrechnung via Identifikationsnummer, dem ein entsprechendes Punktekonto zugeordnet ist. Auf diesem Konto muss, wie bei einem Bankkonto, ersichtlich sein, wann für was welche Punkte abgezogen wurden. Je nach Umfang der Punktebelegung könnte dadurch das gesamte Kaufverhalten gespiegelt sein. Das bleibt hinsichtlich des Datenschutzes problematisch, ist aber ein generelles Problem unserer digitalen Verwaltungs- und Zahlungsstruktur und damit zunächst nichts Neues. Diese Problematik haben wir bereits bei allen Payback-Karten und digitalen Geldgeschäften: Online-Banking, Bankkarten, Kreditkarten, Digitaler Gesundheitscheck der Krankenkassen etc. Die Punkte-Konten müssen daher dieselbe Sicherheitsstandards haben wie sie beim Online-Banking erforderlich sind. Wie oben im Beispiel mit dem Supermarkteinkauf gesagt, wird nur (wie beim Bankkonto) die Summe übermittelt. Deren Zustandekommen zeigt allein der Kassenbon.

Eine Sozialüberwachung wie z.Z. in China findet nicht statt, weil nicht belohnend u./o. bestrafend vorgegangen wird. Niemand

muss sich Zugriffspunkte durch korrektes Verhalten verdienen, ebensowenig werden Sanktionen bezüglich anderer Sozialleistungen ausgesprochen. Hinsichtlich sozialer Kontrolle sind die derzeit eingeleiteten elektronisch-digitalen Gesundheits-Apps der Krankenkasse, sowie die Einträge und Datenanalysen durch Facebook, Twitter und Google erheblich problematischer. Grundsätzlich kann freilich jedes Datenerfassungssystem missbraucht werden.

Zu Kritik-Punkt 5: Das Konzept setzt beim Verbraucher an, statt bei den Produzenten. Nach Konfuzius fängt alle wesentliche Veränderung bei der eigenen Haltung an. Es reicht aber nicht an diese zu appellieren! Wenn sich das Konsumverhalten der Menschen nicht ändert, wieso sollten dann die Produzenten ihre Produkte verändern? Regeln für den Konsum von Ressourcen sind immer auch Regel für die Produktion der Konsumgüter. Alle Macht geht vom Konsumverhalten der Menschen aus. Sie zahlen auch die Zeche.

Ein zentrale Schwäche von Vorgaben für die Produzenten ist, dass diese ihre Produktion in Regionen mit weniger Auflagen verlegen. Ein Ansatz beim Konsumenten würde hingegen auch importierte Produkte wieder einholen, weil man im Geltungsbereich von PUK diese Produkte mit entsprechenden Punkten belegen würde. So muss man den Produzenten nicht hinterher rennen und würde auch im Ausland Anreize setzen.

Das schließt aber nicht aus, dass man weiterhin zum Schutz der Umwelt auch den Produzenten Rahmenbedingungen vorgibt. Es wäre auch zu denken, dass die Produzenten sich von den Bürgern ebenfalls Punkte für den Verbrauch ihrer Ressourcen kaufen müssten, dann müsste aber die Ausgabemenge den gesamten Ressourcen- /Emissionsverbrauch berücksichtigen und via Punkte auf alle Bürger*innen verteilen. Siehe hierzu unten die Idee zum erweiterten PUK.

Zu Kritik-Punkt 6: Rebound-Effekte: Das Konzept scheint effektiv widersprüchlich. Durch die Umverteilung würden neue Konsumprozesse generiert, die wieder mehr Ressourcen in Anspruch nehmen. Hier liegt nur scheinbar ein Widerspruch vor. Es ist richtig und auch gewollt, dass der Gelderwerb durch Verkauf von Ressourcen-Punkten zu mehr Konsum bei den Besitzlosen führt und damit (grundsätzlich und allgemein verstanden) zu Konsum von Produkten, deren Herstellung Ressourcen verbrauchen. Aber nicht alle Ressourcen sind umweltschädlich und nicht alle Ressourcen sind nicht regenerierbar. Es macht einen Unterschied, ob sich jemand mit dem Geld ein Flugticket kauft oder Kleider bzw. ein Brötchen. Im ersten Fall bräuchte es dazu wieder Ressourcenpunkte im letzten nicht (oder gegebenenfalls deutlich weniger). Der Einwand gilt nur dann, wenn alle Ressourceneinsparung auf der einen Seite zur selben Ressourcenausgabe auf der anderen Seite führt. Dann wäre nur etwas zur Umverteilung geleistet, aber nichts für die Umwelt. Zumindest wäre die Verteilung gerechter.

Würde jemand die Hälfte seiner Ressourcenpunkte verkaufen, um die verbleibenden Ressourcenpunkte für umwelt-schädliche Konsumgüter zu verwenden, könnte er folglich dies nur in dem Maße tun, wie er durch den Verkauf Geld erworben hat. Damit ist seine Möglichkeit umwelt-reduzieren Verhaltens auf max. 50% limitiert, bei Deckelung der Verkaufsmenge sogar darunter. Das Vorurteil dass Menschen mit ihnen frei gegeben Zugriffsrechten, sei es Geld (wie beim bedingungslosen Grundeinkommen oder wie hier Ressourcenpunkt) nicht umzugehen wissen, ist ein hartnäckiges und widerlegtes Vorurteil⁵⁰ und zudem eine brisante These, - weil man dann auch allen Rentnern und Menschen soweit sie von Zinsen leben oder Geld geerbt haben, also dafür keine Arbeit leisten, ebenso diese Fähigkeit absprechen müsste.

⁵⁰ Zuletzt hat Historiker Rutger Bregman in seinem kürzlich auf Deutsch erschienen Buch "Utopien für Realisten" zahlreiche Untersuchungen und Beispiele dazu angeführt. Reinbek bei Hamburg 2017

Umgekehrt gibt es zahlreiche Beispiele, die durch alle Gesellschaftsschichten hindurch zeigen, dass Menschen, die durch Lohnarbeit Geld verdienen, nicht mit diesem umgehen können. Den Umgang mit Zugriffsrechten kann man nur mit ihnen lernen, nie ohne. Zu diesem Zweck erhalten Kinder Taschengeld.

Zu Kritik-Punkt 7: Warum kann man sich keine Punkte durch ökologisch sinnvolles Handeln dazuverdienen?

Dies scheint im Sinne eines Anreizes logisch, verändert aber entscheidend das Konzept. Zunächst würde dadurch die Gesamtpunktzahl stark ansteigen und somit permanent mehr Punkte ins Spiel kommen, die dadurch wiederum erschwinglicher wären. Viel entscheidender ist zweitens, dass das Konzept seine moralische Neutralität verlieren würde und dann wirklich zum Social Control Instrument verkäme (Punkt 4), weil nun Handlungen bewertet würden, – wobei drittens es sehr problematisch bliebe, was jetzt genau wie bewertet werden und wer das dann wie kontrollieren soll.

Das PUK zeichnet sich in der derzeitigen Fassung dadurch aus, dass es diese Frage nicht stellen muss, sondern die Punkte für bestimmte Ressourcen/Emissionen sich allein aus objektiven Maßstäben (Gründen) ergeben und niemandem ein bestimmtes Handeln vorgeschrieben wird. Die Anreize für ökologisches Verhalten ergeben sich allein durch die Grenzen des Punkte-Budgets.

Zu Kritik-Punkt 8: Ist das PUK nicht Kommunismus pur?

Es ist immer wieder überraschend, dass diese Frage bzw. dieser Vorwurf aufkommt, ein Relikt aus Zeiten des kalten Krieges. Seltsam überhaupt, dass man jedes Fragen nach sozialer Gerechtigkeit mit Kommunismus verbindet, was ja, wenn es notwendig so wäre, dem Kommunismus zu

Eine Stadt wie Köln könnte über ihren Stadtrat im Rahmen des Klimanotstandes, Wohnraum, Trinkwasser, Öl und Gas zu schützenswerten Ressourcen erklären und bezogen auf diese für alle Bürger der Stadt Köln PUK einführen.

Soweit nicht bekannt, wäre die Gesamtwohnfläche sowie Gesamtzahl des Trinkwasser-, Öl- und Gasverbrauchs in Köln zu ermitteln. Aufgrund von Grundbucheintagungen, Teilungs- und Bauplänen könnte die Gesamtwohnfläche ermittelt bzw. kontrolliert werden. Die Summe des verbrauchten Trinkwassers sind den kommunalen Versorgern bekannt. Bei Gas ist es ebenso, bei Heiz-Öl könnten die Betroffenen Erklärungen abgeben, die stichprobenartig überprüft werden.

Bleiben wir zunächst bei der Ressource Wohnfläche.

Die Gesamtwohnfläche durch die Einwohnerzahl geteilt ergibt die Durchschnittswohnfläche. Dieser Durchschnittsfläche weist man eine Punktzahl zu, und zwar beliebig, jedoch für jede nachfolgende Ressource gleich. Warum? Weil man die jeweiligen Ressourcen und Emissionen nicht gegeneinander im Wert abschätzen kann. Kann man keine Kriterien ermitteln, sollte man auch keine Unterscheidung machen. Die Unterschiede ergeben sich systematisch durch das Marktgeschehen.

Wir bestimmen daher: Durchschnittsfläche = 1200 Punkte.

Diese Zahl beschreibt den Nullpunkt, d.h. bewohnt ein Einzelperson die Durchschnittsfläche und ändert sich nichts an ihrer Wohnsituation, dann zahlt sie 1200 Punkte am Ende des Jahres. Das Konto steht auf Null und kein Erwerb zusätzlicher Punkte ist erforderlich.

Ebenso könnte man es mit der Ressource Trinkwasser machen. Trinkwasser wird kommunal abgerechnet und nur von den dort Lebenden bezogen.

Durchschnittsverbrauch = 1200 Punkte.

Bei 130l Wasser pro Person am Tag wären das 47.450 l im Jahr gleich 1.200 Punkte, d.h. 0,02 Punkte pro Liter.

Bei 100l Wasser pro Person am Tag wären das 36.500 l im Jahr gleich 1.200 Punkte, d.h. 0,03 Punkte pro Liter.

Schon der Rückgang des Durchschnittsverbrauch bewirkt eine Zunahme des "Punktepreises".

Dadurch aber, dass einige ihre Punkte nicht gänzlich brauchen, d.h. sparen oder verkaufen, stehen laut Idee des PUK im nächsten Jahr auch weniger Punkte zur Verfügung, was erneut den Anreiz zum sorgfältigen Umgang mit Trinkwasser erhöht.

Ebenso könnte man bei Strom verfahren, ohne dass diejenigen, die durch eigene Anlagen sogar Strom einspeisen, dafür Punkte erhalten. (s.h. Kritikpunkt 8: Punkte werden nicht "verdient")

Nebenbei bemerkt wären bei Einführung des PUK für Trinkwasser, Verordnungen, die einen Verbrauch einschränken sollen, nicht mehr nötig. Diese sind zudem nicht leicht zu kontrollieren. Bei PUK würde sich eine Verschwendung selbst sanktionieren, ohne Kontrollen, und zugleich sozialen Ausgleich schaffen. Denn eine Rentnerin, die mit 800 Euro im Monat auskommen muss, oder jemand, der Sozialhilfe bezieht, lässt kein Swimmingpool volllaufen.

Wie könnte die Abrechnung aussehen?

Jeder Bürger bekommt von Einführung bzw. dann von Geburt ein PUK verbunden mit einer Identifikationsnummer. Dies ist gefüllt mit der Durchschnittsmenge der im vorangehenden Jahr direkt verbrauchten Punkte minus der Hälfte der gehandelten Punkte. Wie gesagt, kann für

die Ermittlung der Punkte-Ausschüttung auch eine anderer Zeitraum gewählt werden. Hier bleiben wir der Einfachheit halber dabei.

Wir nehmen die Ressourcen Strom, Wasser, Gas, Heizöl, Wohnfläche. Mit einer Ausgangspunktzahl von 1200 Punkten je Ressource. Macht für jeden Einwohner von Köln 6000 Punkte. Weil die ausgewählten Ressourcen alle lokal gebunden sind, können sie nach Bedarfsgemeinschaft abgerechnet werden. Diese erhielte dann ebenfalls eine Kennnummer unter der die Mitbewohner/Familienmitglieder mit ID-Nummer registriert wären.

Eine vierköpfige Familie hätte folglich zusammen 24 000 Punkte. Die Familie A, bewohnt 90 qm und heizt mit Gas. Sie bewohnt daher eine unterdurchschnittliche Wohnfläche. Der Durchschnitt liegt in Deutschland bei 45 qm pro Person.

Die Verbräuche bei den jeweiligen Ressourcen seien folgende:

Heizöl	0	0
Strom	4800 + Mehrverb. 200 =	5.000
Gas	4800 + Mehrverb. 1.200 =	6.000
Wohnfläche	1600	1.600
Wasser	4800 + Mehrverb. 200 =	5.000

Summe 17 600 Punkte. 6.400 Punkte bleiben übrig.

Wenn 10% der Punkte (gemäß Vorgabe) nicht direkt veräußert werden dürften, können davon 5.760 Punkte verkauft werden.

Einwand: Die Familie verbraucht kein Öl, hat aber doch pro Person für die Ressource Öl Punkte erhalten. So könnte sie bei Gas jetzt das Doppelte ausgeben, als der Durchschnittsverbrauch ihnen an Punkte für

Gas zugebilligt hat. Ebenso bei Personen, die kein Gas, aber Öl verbrauchen.

Dies ist nur scheinbar ein Problem: Denn wenn eine Person von einer Ressource keinen Gebrauch macht, mindert dies den Durchschnittsverbrauch pro Person, der deutlich niedriger ist, als der Durchschnittsverbrauch pro jeweiligen Gasbezieher. Dies entspricht auch dem Grundanliegen des PUK.

Familie B heizt mit Öl und zu ihr gehören nur 3 Personen. Sie besitzen einen Garten mit Swimmingpool und wohnen in einem Haus mit einer Wohnfläche von 300 qm und Solarzellen auf dem Dach.

Ihre zugewiesene Punktemenge wäre in Summe 18 000 Punkte.

Ihr Verbrauch sei folgender:

Heizöl	3600 + Mehrverb.	400	=	4.000
Strom	2000 -		=	2.000
Gas	0		=	0
Wohnfläche	3600 + Mehrverb.	7066	=	10.666
Wasser	3600		=	3.600
Summe				20.266

Die Familie müsste 2.266 Punkte dazukaufen oder ihr Konto überziehen. Da die Überzugzinsen immer höher als der Markthöchstpreis sind, lohnt es sich die Punkte bei auf dem Markt zu besorgen.

Die Abrechnung geschieht nach Bedarfsgemeinschaft. Diese kann dann von allen Mitgliedern unter Angabe der ID-Nummern, Punkte zur gemeinschaftlichen Abrechnung überwiesen bekommen. Bei einer Familie stehen die jeweiligen Familienmitglieder mit ID-Nummer aufgeführt. Angebot und Verkauf der Umweltpunkte (UPs) könnten über eine Internetplattform bzw. App laufen.

QUALITATIVE DEMOKRATIE

KÖNNTE VOR POPULISMUS UND DUMMHKEIT SCHÜTZEN

ein Vortrag

Demokratie ist weltweit gesehen die seltenste Regierungsform und abgesehen von ihren Vorläufern im antiken Griechenland und Rom, neuzeitlich. Viele haben für ihr Mitbestimmungsrecht gekämpft, viele Opfer wurden gebracht. Wie kann man da jetzt hingehen und über mögliche Beschränkungen von Mitbestimmung nachdenken und das in einer Zeit, in der rechtsradikales Denken und Populismus derartige Auferstehungen feiern? Meine Antwort: Gerade deswegen sollten wir es tun!

Nun geht es nicht um generelle oder gar pauschale Einschränkung, sondern um partielle Sicherung der Qualität gesellschaftlich gravierender Entscheidungen, und damit die Sicherung von Grundrechten, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit wider verkürzendes Denken und Populismus.

Das Problem von Einschränkungen sind nicht diese selbst, sondern dass man sie meist falsch setzt.

Wenn man Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrem Geschlecht das Wahlrecht verweigert, so geschieht das entweder aus Willkür oder aus falscher Erkenntnis, meist aus beidem, also zu unrecht. Sowohl Hautfarbe und Geschlecht haben keinen verändernden Einfluss auf politische Entscheidungsfähigkeit bzw. Urteilskraft. Nun hat man sich entschlossen, ab einem bestimmten Alter jedem Mitbürger aktives und passives Wahlrecht zukommen zu lassen (Art. 38, Abs.2, GG), was sowohl grundlegend richtig wie falsch ist. Wie meine ich das?

Grundsätzlich sollte jeder Bürger ab einem bestimmten Alter ein Wahlrecht haben, dieses aber müsste durch einen Eignungstest qualifiziert werden, z..B. durch eine nähere Bestimmung im Wahlgesetz (Art. 38, Abs. 3, GG). So wie jede*r in Deutschland grundsätzlich Auto fahren darf, aber dazu Fahrpraxis und Kenntnisse in der StVO nachweisen muss. Denn im Gegensatz zu Hautfarbe und Geschlecht beeinflussen Informiertheit und Fähigkeiten sehr wohl die Qualität von Entscheidungen. Wenn Sie eine medizinisch heikle Diagnose erhalten, holen Sie sich meist eine zweite Meinung ein, um eine Entscheidung zu treffen. Hier spielt der medizinische Gesichtspunkt die Hauptrolle. Somit werden Sie nicht den Hausmeister des Krankenhauses befragen, sondern eine entsprechende Fachkraft, - i.e. jemanden, der nachweislich Kenntnisse von der Sache hat.

Obwohl Stadträte und Parlamente und die von ihnen gewählten Regierungen oft für langwierige und oft komplexe gesellschaftliche Probleme Lösungen finden und beschließen müssen, die dann für jeden Bürger per Gesetz bindend sind, kann ohne irgendwelche Vorkenntnisse in Recht und Ordnung dieses Rechtsstaates jeder wählen oder sich sogar wählen lassen. Das kommt dem gleich, als würde es möglich sein, dass jeder nach belieben einen 40-Tonner-LKW fahren dürfte, ohne den Nachweis von Kenntnissen der Funktion des LKWs, Fahrpraxis, Verkehrs- und Sicherheitsregeln. Stellen Sie sich vor, ihre 18jährige Tochter kauft sich einen Sportwagen, ist noch nie gefahren, kennt kaum die Verkehrsregeln und lädt Sie auf eine Spritztour auf der Autobahn ein. Weil sie sehr ambitioniert ist, will sie auch schnell fahren. Würden Sie einsteigen?

Wider den Populismus

Wie funktioniert er? Durch Verkürzung und Pauschalisierung auf der Grundlage von Ahnungslosigkeit. Zum Beispiel wäre ein populistischer Einwand zu dem bislang Ausgeführten folgender: "Sie wollen den

Menschen die Grundrechte beschneiden und uns die Freiheit zur Selbstbestimmung nehmen."

Persönliche Grundrechte (allgemeine Menschenrechte) sind grundsätzlich weder nehmbar noch veräußerbar, sondern nur verletzbar. Zu diesen gehören die Achtung der Menschenwürde (Art. 1, GG), das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Aufenthaltsbestimmungsrecht, die Meinungsfreiheit (Art 5 GG) und Glaubens und Gewissensfreiheit (Art. 4, GG).

Davon zu unterscheiden sind staatliche an die Person gebundene Grundrechte, wie das Wahlrecht ab 18 Jahren wie es in Art. 38, Abs.2, GG gegeben wird.

Jemand, der aufgrund eines dieses Wahlrecht näher bestimmenden Gesetzes (Art. 38, Abs.3,GG) nicht wählen dürfte, weil er die nötigen Grundkenntnisse nicht nachgewiesen hat, bliebe selbstverständlich in allen Grundrechten uneingeschränkt.

Aber die populistische Kritik, wie oben formuliert, "Sie wollen den Menschen die Grundrechte beschneiden", arbeitet mit genau dieser Verwechslung oder ungerechtfertigten Erweiterung.

Meine Menschenrechte müssen in der Schweiz und überall geachtet werden, dennoch darf ich nicht überall wählen. Weil das Wahlrecht an Staatsbürgerlichkeit gebunden ist.

Daraus folgt Wahlrecht ist kein universelles Menschenrecht, sondern schon jetzt an Bedingungen geknüpft, nämlich die Staatsbürgerlichkeit. Die Würde des Menschen hingegen, ist nicht an Bedingungen geknüpft, sondern überall und jederzeit zu achten.

Wie könnte ein qualifizierte Wahlberechtigung aussehen?

In Art. 19, Abs. 2, GG heißt es: "In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."

Daher kann und soll ein mögliches Qualifizierungsverfahren keine weltanschaulichen oder politischen Ansichten enthalten. Es dürfte zum Beispiel keine Fragen zu Parteien oder deren Wahlprogramme gestellt werden, auch, wenn es für eine Qualität des Wählers spräche, wenn er die Ziele und Programme der jeweils zur Wahlstehenden gut kennen würde.

Es bieten sich Fragen zum Grundgesetz (des Bundes, wie gegebenenfalls des Landes) an. Dort sind die Grundrechte sowie die Grundstrukturen des Rechtsstaats festgeschrieben. Es ist somit schlüssig, dass derjenige, welcher sein Wahlrecht aktivieren möchte, auch die Pflicht hat, über die Grundstrukturen des Rechtsstaates, also seine Verfassung, bescheid zu wissen. Es ist zu erwarten, dass das Grundgesetzbuch nicht das einzige und erste Buch sein wird, was der wahlinteressierte Mensch sich zu Gemüte führt und damit ist anzunehmen, dass die dann wählenden Menschen insgesamt eine differenzierte Bildung und damit eine besser Entscheidungskompetenz für die häufig komplexen gesellschaftlichen Probleme mitbringen, und damit bessere Entscheidungen getroffen werden.

Werden so nicht bildungsferne Menschen von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen?

Ja, insofern derjenige, der keine Grundkenntnisse über die demokratische Verfassung unserer Republik mitbringt, nicht wählen sollte (aktives Wahlrecht), noch gewählt werden dürfte (passives Wahlrecht). So hat sich z.B. bei Donald Trump deutlich gezeigt, dass er von der Verfassung der USA recht wenig Kenntnisse hat und durch die Macht seines Amtes in Unkenntnis der Verfassung die Demokratie in den

USA an den Abgrund gebracht. Natürlich sollten alle Heranwachsenden im Rahmen der Schule, durch Geschichts- bzw. Politikunterricht in die Lage versetzt werden, die Qualifikation zum Wahlantritt zu erlangen.

Nein, - denn sie werden nicht ausgeschlossen. Wenn sie mögen, können sie sich jederzeit mit der Verfassung auseinandersetzen und ihre Kenntnisse unter Beweis stellen. Freilich darf ein solcher Qualifizierungstest nur grundlegende Sachverhalte abfragen und keine juristisch schwierigen Auslegungsfragen beinhalten. Zudem gibt es neben dem aktiven und passiven Wahlrecht noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten sich gesellschaftlich bzw. politisch zu engagieren: NGOs, Vereine, Bürgerbegehren, Diskussionsrunden, Parteien, Bürgerinitiativen, PUK⁵¹, Demonstrationen oder sonstige Kundgebungen, - alles wichtige Bestandteile unserer Demokratie, die z.B. von totalitären Bestrebungen gerne zuerst beschnitten werden. Bevor totalitär denkende Menschen ans Wahlrecht gehen, zerstören sie die Strukturen der unabhängigen Meinungsbildung (s.h. Ungarn, Türkei, Russland).

Ist nicht jetzt schon die geringe Wahlbeteiligung ein Problem, das sich durch das qualifizierte Wahlrecht nur verstärken wird?

Nein - Entgegen der etablierten Ansicht, halte ich die derzeitige geringe Wahlbeteiligung nur für eingeschränkt problematisch, nämlich genau dann wenn Populisten und radikale Parteien ihr Wähler mobilisieren, während andere aus Interesselosigkeit zu Hause bleiben und insbesondere, wenn unter den so mobilisierten Wählern viele sind, die schlicht keine Ahnung haben, wen und was sie da wählen, noch die Folgen abschätzen können.

⁵¹ Durch den Verkauf von Umweltpunkten, kann jeder mitbestimmen, wer, wann, wieviel Ressourcen für welche Sache verbraucht.

Die meisten Bürger sind unpolitischer Natur, d.h. nicht Fan oder Hooligan einer Partei. Man schau sich nur die Mitgliedszahlen der Parteien an und halte sie gegen die Zahl der Wahlberechtigten. Natürlich gibt es von letzteren viele, die nicht in einer Partei sind und doch politisch interessiert. Immerhin geht ja ein großer Teil der Berechtigten zu Wahl. Generell denke ich aber, dass die meisten Menschen einfach nur wollen, dass das gesellschaftliche Leben gut und reibungslos funktioniert, dass es fair und gerecht zugeht, gleich welche Partei oder Person das arrangiert.

Im Jahr 2021 waren 60,4 Millionen der 83,1 Millionen Bundesbürger wahlberechtigt. 46,8 Millionen Bürger haben bei der Bundestagswahl 2021 ihre Stimme abgegeben. Das entspricht 76,6% und ist vergleichsweise hoch.⁵² Selbst wenn durch einen qualitativen Wahlzugang nur 30 Millionen Bundesbürger wählen dürften (wollten), würden immer noch Millionen Menschen abstimmen und nicht eine "kleine Gruppe". Gut, es ist eine ausgewählte Gruppe, aber - und darauf kommt es an - eine durch die Sache qualifizierte und nicht durch Stand, Geld, Haarfarbe, Sympathie. Und es ist anzunehmen, denn sonst würden sie ja nicht die Qualifikation angestrebt haben, dass sie nahezu alle zur Wahl gehen.

Zuletzt, und damit schließe ich meinen Vortrag ist es auch eine Frage der Fairness gegenüber den aus anderen Gemeinschaften zu uns gekommen Mitbürgern, die für ihre Einbürgerung zahlreiche Tests über die deutsche Sprache, Geschichte, Verfassungsrecht bestehen müssen, Tests, die so mancher derzeit wahlberechtigter Bundesbürger nicht bestehen würde, - inklusive der Sprachtests.

Vielen Dank

⁵² <https://de.statista.com/infografik/11201/wahlbeteiligung-bei-den-bundestagswahlen-in-deutschland/>

Die Anregung zur Qualitativen Demokratie entspricht nicht dem Titel dieser Schrift "All Inclusive", sondern fordert genau das Gegenteil, eine Art "Exklusivität", wenn auch eine für jeden, der will, grundsätzlich zugängliche. Als Ausgleich dazu, nämlich als eine Form direkter Demokratie, möchte ich im Folgenden das Umfassende-Persönliche-Umweltkonto vorzustellen.

Umfassendes Persönliches Umwelt Konto, U-PUK

Das Umfassende PUK (U-PUK) würde alle in der Gesellschaft anfallende wichtige und knappe Ressourcen sowie dringend zu vermeidenden Emissionen berücksichtigen, also auch die der gesamten Wirtschaft, und deren durchschnittlichen Pro-Kopf-Wert als Punktemenge jedem Bewohner gleichermaßen auf sein Umweltkonto zukommen lassen.

Jedes wirtschaftliche Unternehmen müsste sich dann bei den Bewohnern der Republik, je nach Ressourcenverbrauch und Emissionen, entsprechend Punkte besorgen (einkaufen).

Der soziale Ausgleich würde dadurch erheblich beschleunigt und auch gerechter. Warum?

beschleunigt: weil eine erheblich höhere Menge an Punkten im Spiel wäre, und zwar wirklich gleichmäßig verteilt.

gerechter: weil derzeit gerade in der Wirtschaft die Reichen (Geld-/Kapitaleigner*innen) bestimmen, was gemacht wird, und zwar allein durch die Macht des investierten Kapitals.

Wenn Elon Musk eine Autofabrik in Brandenburg bauen möchte, muss er zwar dafür auch jetzt schon einige durch demokratische Instanzen bestimmte Genehmigungsverfahren durchlaufen und dort festgehaltene Regel einhalten. Er kann aber sonst allein kraft des Geldes entscheiden, ob und wo eine solche Fabrik entstehen soll.

Unternehmerische Freiheit bleibt auch beim U-PUK erhalten, aber wird eingeschränkt, indem eine Unternehmung eine gewisse Menge an Umwelt-Punkten bräuchte, die auf dem Umwelt-Punkte-Markt unter Konkurrenz aller Unternehmungen bei den Bewohnern*innen der Republik eingekauft werden müsste.

Das heißt, erst, wenn diese Punkte (als direkt-demokratische Zustimmung der Bürger, die sie verkaufen) zusammenkommen, kann sich eine Kapitalmacht entfalten. Sonstige gesetzliche Rahmenbedingungen blieben vom U-PUK unberührt, d.h. in Kraft.

Wer also ein Unternehmen angeht, das besonders geschützten Lebensraum oder Ressourcen beansprucht, oder hohe Emissionen verursacht (in Produktion oder Produkten), der wird dies (bei Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen) entsprechend bezahlen müssen und zwar direkt in Form eines sozialen Ausgleichs, und zwar nicht über den Staat. Das ist der liberale Aspekt von PUK. Der Staat bliebe allein Wächter und Garant der einzuhaltenden Regeln und, in Form eines regierungsunabhängigen Instituts, Verwalter der Konten.

FREIHEIT

WEIL DAS UNIVERSUM NOCH NICHT EINMAL SINNLOS IST, IST FREIHEIT MÖGLICH.

Mit „Freiheit“ bezeichnen wir zunächst und zumeist das Gewähren von äußeren Handlungsoptionen, die unserem Willen zur Entscheidung dargeboten werden. (Handlungsräume des Individuums innerhalb einer Gesellschaft bzw. Lebensraumes).

Frei ist nicht die Äußerungsart des jeweiligen Willens, sondern der äußere Handlungsrahmen gewährt Freiheiten des Handelns. „Frei sein“, „sich frei fühlen“ heißt in dieser Hinsicht: Tun und lassen zu können, was man will.⁵³

Dennoch wird man genau dieses, nämlich "Tun und lassen zu können, was man will", nicht als Grundlage gesellschaftlicher Freiheit anpreisen wollen, denn menschliches Handeln würde nur dann nicht in einer Katastrophe enden, wenn die Folgen jeweiligen Handelns nicht andere treffen würde, also die Handlungsräume sich nicht überschneiden. Handlungsraum meint hier Auswirkungsfeld des jeweiligen Tuns und Lassens. Dies würde nämlich bedeuten, dass alles Handeln erlaubt sei, somit auch der Raub meiner Handlungsfreiheit, kurz Unterdrückung. Ich denke, es ist kaum jemanden daran gelegen, dass er erschlagen wird, weil ein anderer einfach dazu Lust hatte, oder dass jemand einfach nach Laune anderer Wohnung demoliert. Freiheit brauche Regeln, sagt man. Richtiger ist: Regeln schaffen Freiheit. Freiheit und Pflicht sind Wechselbegriffe⁵⁴, ebenso wie Recht und Pflicht, sofern Freiheit

⁵³ Es ist darüber hinaus klar, dass diese Freiheit durch die äußeren Gegebenheiten beschränkt oder auch erweitert werden kann. Zur Erweiterung führen zum Beispiel partielle Verzicht oder Einschränkungen durch Gesetze, insofern sie dazu dienen, weitere Handlungsräume zu öffnen bzw. Lebensformen zu schützen.

⁵⁴ S.h. Arthur Schopenhauer, a.a.O., Bd. III, S. 480, 573 ff.

Handlungsfreiheit bedeutet, nämlich das Recht zu haben, bestimmte Dinge zu tun bzw. zu unterlassen.⁵⁵

Was ich aber will, liegt nicht in meinem Belieben, sondern ist mein Belieben.

Die verschiedenen genetischen, vorgeburtlichen wie direkt nachgeburtlichen Einflüsse/Prägungen und die daraus resultierenden Handlungen gemäß der äußeren Umstände haben mich zu der Person gemacht, die ich bin. Diese genetischen, epigenetischen sowie frühkindlichen Prägungen sind nahezu irreversibel.⁵⁶ Sie entsprechen dem, was Kant u. Schopenhauer den „intelligiblen Charakter“ nennen. Erich Fromm hat in seiner Schrift "The Escape von Freedom" 1942, die soziologischen Begriffe wie "Freiheit zu" und "Freiheit von" eingeführt und damit die innere Bereitschaft neue Wege zu gehen einerseits und die Freiheit von äußeren Zwängen gemeint. Sicher gehört es zur Befreiungsaufgabe des Geistes, sich seine eigenen Antriebe und Blockaden bewusst zu machen, um so seinen eigentlichen Wünschen Handlung zu geben, "neue" Freiheit zu gewinnen. Aber was heißt hier "eigentlich"? Woher kommt es?

Obwohl sich äußere Prägungsformen bezeichnen lassen, bin ich dennoch nicht „fremdbestimmt“, da meine Persönlichkeit mithin auch mein „Ich“ nicht bzw. nichts wäre, ohne diese Prägung (Disposition). Persönliche Handlungsfreiheit darf nicht mit Indisponiertheit verwechselt werden.

Die traditionelle Annahme einer alles belebenden persönlichen „Seele“, die wir vor allem seien, und die mit der Geburt in die Erscheinungsform

⁵⁵ S.h. Markus Gabriel, "Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten", Berlin 2020.

⁵⁶ s.h. Gerhard Roth „Fühlen, Denken, Handeln“, Frankfurt a. M. 2001. "Über den Menschen, Frankfurt a.M. 2021.

von Raum und Zeit hineinkäme (sc. in einen Körper und damit in eine historisch, soziale, sprachliche Situation) hindert uns daran die grundlegende Freiheit, die wir sind, zu verstehen. Auch von einer solch angenommenen persönlichen Seele kann wieder gefragt werden, woher diese ihre Prägung hätte. Verschiedene religiöse Erklärungen bemühen hier das Bild der Wiedergeburt in verschiedenen Zyklen, was letztlich bedeutet, die Prägung stamme aus Erfahrung zahlreicher Lebensläufe, kurz sie sei evolutionsgenetisch. Die genetische Prägung könnte man dabei als den Teil auffassen, der in den Seelenlehren als durch die Wiedergeburten mitgebrachter Erbeil verstanden wird.

Meine Persönlichkeit ist das Resultat dieser Prägung, aus der auch mein Wille stammt, der alle meine Handlungen leitet.

Daher bin ich, was ich bin, und der sich darin manifestierende Wille ist in seinen Äußerungen nicht frei (er kann nicht anders wollen, als er will). Anderes wäre auch nicht wünschenswert. Denn könnte ich immer wieder jemand anderes sein, weil ich es so wünschte, wäre ich ein Niemand. Umgekehrt bin ich durch mein So-sein selbst Grund meiner Handlungen, Gestalt meiner selbst und damit „frei“. "Weil ich es so wollte", diese Äußerung stellt einen validen Grund in einem Begründungszusammenhang da. Die Freiheit und damit die Verantwortung liegt im So-sein meiner selbst, d.h. dem individuellen Sein, das jeder ist und keiner nehmen kann.

Freiheit-zur-Welt

Dem gleichursprünglich ist die fundamentale Freiheit-zur-Welt (In-der-Welt-Sein), die Schiller in seinem Gedicht „Worte des Glaubens“ meint:

„Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei,
Und würd' er in Ketten geboren...“

Freiheit-zur-Welt ist ein Grundzug unserer Existenz (ontologische Freiheit im Sinne des Da-Seins als Lichtung des Seins /Heidegger), aus der der Mensch nicht zurücktreten kann. Anheimgestellt (frei) in das Verstehen von Wirklichkeit, muss er dieses Verstehen ausstehen⁵⁷ im Lebensentwurf seiner selbst. Als dieser grundlegend handlungsfreie Mensch bin ich in jeder Situation zur Entscheidung herausgefordert. Auch das Nicht-entscheiden ist dann eine Entscheidung (Sartre): „Frei sein heißt zur Freiheit verdammt sein.“

Der existenzialistische Denkansatz hält die Annahme eines prädisponierten Selbstseins (Seele/ intelligibler Charakter) für unzulässig, weil das Selbst nur in der Erfahrung gegeben ist und dieses sich im Hier und Jetzt des Handelns manifestiert. „L'homme n'est rien d'autre que son projet, il n'existe que dans la mesure où il se réalise, il n'est donc rien d'autre que l'ensemble des ses actes, rien d'autre que sa vie.“⁵⁸ Dennoch handelt jeder ausschließlich nach seiner Natur. Nur weil das so ist, „malt sich der Mensch in seinen Taten“ (Schiller) und können tausend Worte nicht das widerlegen, was eine Tat gezeigt hat (im Guten wie im Schlechten).

Daher wehrt jemand eine unberechtigte Verdächtigung mit der Gegenrede ab, dass er *nicht der sei*, für den man ihn halte. Damit meint er nicht den momentanen Zustand, seine derzeitige psychosomatische Entwicklungsstufe, sondern, dass er es grundsätzlich nicht sei (intelligibler Charakter). Daher ist die Erfahrung so bitter, wenn man an sich bemerkt, dass man sehr wohl zu schlechten Taten neigt, weil man darin erkennen muss, was man leider auch ist. Umgekehrtes gilt für gute Taten, die man sich nicht zugebraut hätte. Der Charakter hat sich durch die Tat gezeigt (empirischer Charakter). Schuld bleibt somit bei der handelnden Person, die, aus welchen Bedingungen auch immer, ist,

⁵⁷ was nicht immer angenehm ist : Wer die Wahrheit hören will, muss sie auch ertragen können.

⁵⁸J. P. Sartre L'existentialisme est une humanisme, 1946, Edition Nagel, Paris 1970, S. 55.

wie sie ist. Und so wie sie ist, ist sie verantwortlich, d.h. Grund ihres Handelns:

„Dir kannst du nicht entflieh, so sagten schon Sybillen und Propheten“
(Goethe, Urworte Orphisch).

"Schuld" liegt im Sein, nicht im Handeln.⁵⁹ Denn jedes Handeln erfolgt aus dem Sosein der Person (Motivation: Beweggrund).

Die Entscheidung, was ich will, nimmt mir keiner ab, insbesondere in unangenehmen Fällen. Der Verstand (ratio) kann nur die Handlungsoptionen klären und abwägen, mein Wille entscheidet (d.h. die Gesamtheit meiner emotional-geistigen Persönlichkeit, ob bewusst, unbewusst, nicht bewusst) und zwar jedes Mal von neuem. Zwar lässt sich aus Erfahrung Wahrscheinlichkeiten für ein Handeln einer Person ausmachen. Aber es bleiben für Außenstehende und einen selbst Wahrscheinlichkeiten.

Ist man verantwortlich für sein Handeln?

Gründe für unser Handeln werden meist von anderen eingefordert, um die Handlungszusammenhänge besser zu verstehen und zukünftiger Folgen und Sozialverträglichkeit einzuschätzen. Sie müssen im Selbstverständnis und im Verständnis der anderen nachvollziehbar sein. Doch wie sieht es mit unserer rationalen Selbstbestimmbarkeit aus, wenn dem Bewusstsein unzugängliche, Emotionen verarbeitende Strukturen unseres Gehirns bestimmen, was überhaupt ins Bewusstsein tritt und damit als Grund überhaupt dort in Erscheinung tritt? Oder gar Pseudogründe dem Bewusstsein entspringen, d.h. nachweislich nachträglich erfundene Beweggründe (Splitbrain-Phänomen)?⁶⁰

⁵⁹ S.h. Arthur Schopenhauer, "Freiheit des Willens", a.a.O. Bd. III, S. 449.

⁶⁰ Gerhard Roth "Denken, Fühlen Handeln", Frankfurt a.M. 2001, Antonio R. Damasio "Ich fühle, also bin ich" München 2000 (NY 1999). S.h. auch zahlreiche scharfsichtige Beobachtungen und Reflexionen Arthur Schopenhauers, z.B. in Welt als Wille und Vorstellung" II, Bd. II a.a.O. S. 251f.: " - Wohl Manche mögen die Beobachtung gemacht haben ..."

Grundsätzlich bleibt der Mensch für sein Handeln verantwortlich, durch sein So-sein, d.h. wie er ist. Natürlich gibt es Fälle biologisch-pathologischer Einschränkung. Wer Verletzungen im orbitofrontalen Cortex hat, ist nicht mehr in der Lage, die Folgen seiner Handlungen einzuschätzen.⁶¹ Es ist somit auch immer zu prüfen, inwieweit der jeweilige Mensch durch Sorglosig- bzw. Kulturlosigkeit seine pathologische Situation verschuldet hat oder nicht. Allerdings ist Rechenschaft oder Einsicht und zugleich Besserung nicht von jemandem zu erwarten, der dazu keine Fähigkeiten mehr hat.

Gibt es eine Pflicht gegen sich selbst, wie Kant sie in seiner Schrift "Metaphysik der Sitten" leider unglücklich formuliert hat ("Sich selbst erhalten ist Pflicht"), d.h. durch in Anspruch genommenes Recht auf Bildung und Entfaltungsmöglichkeit eine Pflicht zum Erhalt eben dieser Fähigkeiten inkl. körperlicher Gesundheit? Wenn jemand psychisch und neuronal gesund ist, wird er dies anstreben, wenn er es nicht ist, kann er diese "Pflicht" nicht erfüllen. Einem in Depression gerutschten Menschen hilft man nicht, indem man ihn ermahnt: Er solle sich zusammenreißen oder die Welt 'mal positiv sehen! Aber Vorsicht, nicht jeder, der, weil er dem Leben überdrüssig geworden ist, aus demselben scheiden möchte, ist automatisch "krank".

Weil unser Handeln durch unsere genetische wie soziale Prägung (gr. Charakter), unserer Grundstimmungen und Wahrnehmungsstrukturen bestimmt ist, mahnt der chinesisch-amerikanischen Denkers Lin Yutang in seiner Schrift "The importance of living":

„The critical mind is too thin and cold, thinking itself will help little and reason will be of small avail; only the spirit of reasonableness, a sort of warm, glowing, emotional and intuitive thinking, joined with compassion,

⁶¹ Gerhard Roth "Denken, Fühlen Handeln" ebenda, S. 254 ff.

will insure us against a reversion to our ancestral type. Only the development of our life to bring it into harmony with our instincts can save us. I consider the education of our senses and our emotions rather more important than the education of our ideas."⁶²

Oder in Friedrich Schillers Worten aus seinen Briefen über die ästhetischen Erziehung des Menschen:

„Ausbildung des Empfindungsvermögens ist also das dringendere Bedürfnis der Zeit, nicht bloß weil sie ein Mittel wird, die verbesserte Einsicht für das Leben wirksam zu machen, sondern selbst darum, weil sie zu Verbesserung der Einsicht erweckt.“⁶³

Weil das Universum nicht einmal sinnlos ist, bleibt Freiheit denkbar.

Der Frage nach dem Sinn des Lebens verdanken sich alle Religionen. Statt aber dieser Frage und ihren möglichen Antworten nachzugehen, sollte man sich vielleicht zunächst fragen, ob es überhaupt wünschenswert wäre, wenn sich wirklich ein objektiv feststellbarer Sinn des Universums ausmachen ließe. Denn:

"Könnten wir weisen den Weg,
Es wäre kein ewiger Weg"⁶⁴

Würde eine irgendwie ausmachbare universale Teleologie (Zielgerichtetheit/Zweck-Lehre) nicht dem Begriff von Freiheit widersprechen?

"Sinn ist etwas, worin sich die Verständlichkeit von etwas hält."⁶⁵ Zum Beispiel von Handlungen. Will ich einen Baum fällen, so macht es Sinn,

⁶² Lin Yutang, The importance of living, New York 1937, 14. Auflage 1938, S. 64.

⁶³ Friedrich Schiller, Über die ästhetische Erziehung des Menschen, Ende des 8. Briefes.

⁶⁴ Tao Te King, übersetzt von Günther Debon, Stuttgart 1961, verbesserte Auflage 1979, Kapitel 1.

⁶⁵ Martin Heidegger "Sein und Zeit", Tübingen [1927] 2006, S. 151.

dass ich mir eine Säge und ein Beil besorge. Sinnvoll ist auch, sich zuvor mit den Gefahren und Tücken eines solchen Unternehmens vertraut zu machen. Sehr sinnvoll auch, eine Fachkraft dazu zu befragen. Wenn man also jemand anderem erklärt, warum man eine Säge kauft oder eine im Baumfällen erfahrene Person befragt, so klärt man diese Frage durch das Angeben eines Grundes (lat. ratio). Sinn heißt dann: Begründungszusammenhang. Der Zusammenhang ergibt sich aus dem Zweck einer Säge und der Sache des Baumes sowie den Willensgrund, nämlich diesen zu entfernen. Gründungszusammenhänge aufzuzeigen heißt erklären, Klarheit schaffen bezüglich Wirkungen und Handlungen durch Darlegung von Gründen. Wenn jemand behauptet, und das wird in religiösen Kontexten gern getan, etwas sei nicht rational zu klären, so spricht er in Widersprüchen. Wie denn sonst, wenn nicht rational? Als bewußte Lebewesen finden wir uns in einer Welt, deren Dinge in ihrer Dinglichkeit selbst von der Bedeutsamkeit dieser Welt geprägt sind. Bewusstsein ist In-der-Welt-Sein und damit eingebettet in einer Bedeutungsstruktur, die diesem selbst voraus liegt, d.h. selbst Ereignis von Welt. Das Erkennen ist Struktur unserer Wahrnehmung und letztlich unseres Bewusstseins.⁶⁶ Ergründen, und damit Sinnhaftigkeit, ist ein Konstitutivum von Welt (Kant, Schopenhauer) und damit ein Existenzial unseres Daseins (Heidegger). In dieser Wahrnehmung erfassen wir Außenwelt, Objekte und damit das Universum (aller Dinge). In dieser objektiven Wahrnehmung eines sich seiner selbst bewußten und methodisch zur Erkenntniskritik erhobenen Subjekts, erkennen wir uns selbst als ein Produkt dieser Wirkzusammenhänge, aber, und darauf kommt es an, als ein völlig zufälliges Phänomen. Da unsere

⁶⁶ s.h. M. Heidegger "Sein und Zeit": "Das Wesen des Dasein liegt in seiner Existenz", Tübingen (1927) 2006, S. 42, Merleau Ponty "Phänomenologie der Wahrnehmung" S.167, S. 344: "Im Bewußtsein ist Erscheinen nicht Sein, sondern Phänomen", S. 345: "Diese Offenheit zur Welt ist es, die die Wahrheit der Wahrnehmung, die Verwirklichung einer Wahrnehmung erst möglich macht", S. 346: "Nicht ist das Weltbewußtsein *gegründet* auf das Selbstbewußtsein, sondern beide sind gleichursprünglich; Eine Welt ist für mich da, weil ich nicht ohne Wissen von mir selbst bin, und ich bin mir selbst nicht verborgen, weil ich eine Welt habe." vgl. h. Arthur Schopenhauer "Die Welt als Wille und Vorstellung" Bd I, § 5.

Wahrnehmungsstruktur sinnstiftend ist und Produkt dessen ist, was es auf diese Weise objektiv erfasst, kann es nicht selbst Sinn haben! Die Frage nach dem Sinn des Lebens und die des Universums ist unzulässig, weil sie selbst ein Produkt des Lebens bzw. des Universums ist, wie umgekehrt Leben und Universum nur durch diese Wahrnehmung ist, weil sie eine Erkenntnisstruktur auf etwas anwendet, das diese selbst hervorgebracht hat, folglich ihr nicht unterworfen ist.

Dem Ergründen geht Welterschlossenheit voran und kann daher selbst nicht hinterfragt werden: hier liegt die Wurzel unserer Freiheit, sowohl unseres Handelns als auch unseres Seins zur Welt, mithin die Grenze unseres Erkennens und damit aller sinnvollen Bestimmung. Darüber hinaus lässt sich nichts klären. Vielmehr ereignet sich alles Klare in der Lichtung des Seins, die wir selbst sind.

Weil wir frei sind, kann Gott nicht sein

Man müsse an die Existenz Gottes einfach glauben. Aber so einfach ist das mit dem Glauben nicht. Denn man glaubt ja noch lange nicht alles und jedem, ein Anspruch auf Wahrheit, den besonders die Religionen einfordern. Selbst Glauben verlangt Gründe, wie übrigens Zweifel auch, nämlich die Darlegung, warum man etwas oder an etwas glaubt bzw. zweifelt. Die Glaubwürdigkeit eines Sachverhaltes oder Aussage liegt zunächst in der immanenten Logik dessen, was inhaltlich zu glauben vorgetragen wird, und zwar in Übereinstimmung mit bewährter Lebenserfahrung bzw. Wirklichkeitswahrnehmung. Wenn die Vorstellung eines Gottes zur Klärung der Lebenswirklichkeit dienen soll, diese Vorstellung aber der Lebenswirklichkeit offensichtlich widerspricht, dann wird die Vorstellung eines Gottes problematisch/ überflüssig. Denn das Primäre ist die Lebenswirklichkeit, nicht Gott. Gott ist eine abstrakte Vorstellung, d.h. eine Produkt der Ratio, d.h. eine These, deren Wirklichkeit erst aufzuweisen wäre.

Die Beweisspflicht einer These liegt bei demjenigen, der sie aufstellt. Also wer behauptete, dass es Gott gäbe, bringe Belege. Ebenso verhält es sich bezüglich der Möglichkeit einer Existenz eines "allmächtigen Wesens", eines "höchsten Seins". Um so erfreulicher ist es, da ein solches Wesen zuletzt von Kant als in moralischen Dingen der Idee nach gefordert wäre, dass gerade diese These, die Unmöglichkeit eines "allerhöchsten Wesens" zeigt. Denn welcher Gott wäre als allmächtigstes und höchstes Wesen unter dem "Joch" der Moral denkbar?

Behauptet wird, dass es einen Gott gäbe (existiere, was damit meine bleibt meist unerklärt), ein Wesen, mit übernatürlichen Fähigkeiten, das diese Welt geschaffen habe und gut sei. 'Gut sein' hieße 'das Gott und dem Sinn seiner Schöpfung gefällige Tun'.

Soll die Welt zum Guten hin geschaffen sein, so muss das Gute für den Menschen, wie auch immer, grundsätzlich erkennbar bzw. auffindbar sein. d.h. muss sich in der Lebenswirklichkeit unabhängig von Gott finden lassen, insbesondere, wenn der Mensch frei sein soll.

Daher kann das Gute nicht schwanken und auf einmal das Böse sein.⁶⁷ Damit ist Gott in seiner Schöpfung moralisch an das Gute selbst gebunden. Er kann in seiner Allmächtigkeit nicht das Gute abschaffen, will er ein guter Gott bleiben, er kann auch die Welt nicht umschaffen, dass das Gute nun das Böse ist und umgekehrt. "Gut" und "böse" hätten jeglichen Sinn verloren und damit zugleich alle Gottgefälligkeit.⁶⁸

Daraus folgt, dass die Welt als die Möglichkeit, das Gute zu finden, keinen Gott braucht,- mehr noch: Aus moralischen Gründen darf Gott nicht sein. Es löst sich der Begriff eines allerhöchsten Wesens auf, d.h. er ist noch nicht einmal denkbar, d.h. möglich.

⁶⁷ s.h. Markus Gabriel, "Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten" Berlin 2020, S. 165 f.

⁶⁸ vgl. Platon Werkausgabe in 8 Bänden Darmstadt 1977, Dialog Eutyphron 8 C ff. bzw. S. 371 ff.

Die von Kant schon vorgebrachten Gedanken, dass "Existenz" kein reales (d.h zur Sache gehörend, v. lat. res : Sache) Prädikat ist und die vielfältigen Unstimmigkeiten im Begriff eines höchsten Wesens, so wie der Widerspruch in der Personalität eines Gottes (i.e. übernatürlichen Wesens) mit seiner Unendlichkeit und Allmacht habe ich ausgelassen und allein moralisch argumentiert. Als Welt begründendes Darlegen und Verstehen von Zusammenhängen gründet Rationalität seine Erkenntnis auf Axiome und Grundgesetze des Denkens sowie auf Urphänomene und ist als Lichtung des Seins (Gen. obj. + subj.), selbst Urphänomen. Dem Erkenntnisvermögen ontisch vorgelagerte Strukturen tun der Erkenntnis keinen Abbruch, sondern ermöglichen diese. "Absolute" Erkenntnis ist je nach Perspektive ein Widerspruch im Beiwort oder ein Pleonasmus.

Welt und Weltverstehen als Existenzial des Da-seins ist essenziell rational, d.h. ontologisch (Pleonasmus). Als Existenz (i.e. ontologisch) macht es ontische pre-phänomenale Strukturen seiner selbst aus (Widerspruch im Beiwort). In umgekehrter Reihenfolge wird dies im folgenden kurzen Zen-Dialog deutlich:

"Ein Mönch namens Chōkei fragte Meister Hofuku: *Man sagt, Formen zu sehen bedeute den Geist zu sehen? Siehst du denn das Boot?*

Hofuku erwiderte: *Ich sehe es.*

Chōkei sagte: *Lassen wir das Boot vorerst beiseite, was ist der Geist?*

Hofuku zeigte mit dem Finger auf das Boot."⁶⁹

⁶⁹ Dogen, Shōbōgenzō, (13. Jh.) ins Deutsche übertragen von Ritsunen Gabriele Linnebach und Gudō Wafu Nishijima Rōshi, Heidelberg-Leimen 2008, in vier Bänden, Band 4, Anhang 2, "Butsu kōjō no ji", Die Weiterentwicklung jenseits von Buddha, S. 306.

Anhang

Bernhard Verbeek "Anthropologie der Umweltzerstörung", Kap. 8:
"Aberglaube als Strategie"⁷⁰:

"Das Jahrhundert des Aberglaubens

Unter dem Gesichtspunkt der Umweltzerstörung ist jedoch ein zweiter Aspekt des Aberglaubens vielleicht noch bedeutsamer: der Aberglaube im aufgeklärten Gewand. Der sehr weit denkende, jedoch Umweltproblematik und soziale Fragen weitgehend ignorierende Friedrich von Hayek definiert ein Zeitalter des Aberglaubens als eine Zeit, "in der die Menschen glauben, daß sie mehr wissen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. In diesem Sinne war das zwanzigste Jahrhundert gewiß ein hervorragendes Jahrhundert des Aberglaubens, und der Grund dafür liegt in der Überschätzung dessen, was die Wissenschaft erreicht hat - nicht auf dem Feld der verhältnismäßig einfachen Phänomene, wo die Forschung in der Tat außerordentlich erfolgreich geworden ist, sondern auf dem Gebiet komplexer Phänomene. ..." ⁷¹

Wie Recht v. Hayek mit dieser naheliegende Aussage hat, soll das Zitat eines anderen Wirtschaftswissenschaftlers zeigen, der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des angeführten Zitats immerhin auch Mitglied des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen ist, Paul Klemmer. Er geißelt die "These vom angeblichen Erreichen der ökologischen Tragfähigkeit" und das "Leugnen jeglichen weiteren Wachstumsspielraums" folgendermaßen: "Zeigt doch die wissenschaftliche Diskussion, daß den von den Alternativen als Kronzeugen benutzten Weltmodelle eher die Situation eines Autofahrers wiedergeben, der sich bei stark verschmutzter Frontscheibe vor allem mittels der Rückspiegel und seiner bisherigen Wegerfahrung ein Bild von der vor ihm liegenden

⁷⁰ a.a.O. S. 89 ff.

⁷¹ Hayek F.A. , "Die drei Quellen der menschlichen Vernunft", Tübingen 1979, S. 48.

Fahrbahn machen muß. Jedermann weiß, daß man die im Rückspiegel erfaßte Wegstrecke nicht ohne weiteres fortschreiben darf, sondern sich auf Überraschungen (Innovationen) einstellen muß"⁷²

Mit dem Hinweis auf die sogenannte 'wissenschaftliche Diskussion' wird in astrologenhafter Sicherheit gar nicht erst in Zweifel gezogen, daß es eine klare Frontscheibe der Zukunft überhaupt nicht gibt. Gleichzeitig wird allerdings sehr richtig auf die Möglichkeit von Überraschungen hingewiesen, auf die man sich einzustellen habe. Nicht nur 'Innovationen' übrigens, sondern auch nichtlineare ('chaotische') Prozesse sorgen dafür. Der auf seinem unbekanntem Wege in Orientierungsnot geratene Reisende verfällt dann aus den oben erörterten konstitutiven Gründen allzugern den Vorspiegelungen der Fata Morgana, der faszinierenden Korallenfee der Illusionen. Denn die zu erwartenden Überraschungen werden voraussichtshalber ausdrücklich als 'Innovationen' erklärt. Diese Wort hat seine Bedeutung im positiv getönten Bereich des Bewertungsspektrums. Angesichts der erquickenden Fata Morgana vergisst der Reisende seine Erschöpfung und beschleunigt seinen Schritt. So erklärt sich auch ein Teil der bis zur Erschöpfung treibenden Hektik der bedenkenlosen Protagonisten des Fortschritts.⁷³

Wenn die Fata Morgana sich als heiße Luft erweist, dann *muß* es aufgrund der lebenserhaltenden konstitutiven Optimismus einen Ausweg geben. Im antiken Drama hatte der Deus ex machina diese Funktion. Er konnte alles, was aus dem Ruder gelaufen war, wieder zurechtrücken. Doch manchmal blieb er aus. Dann gestaltete sich das Stück zur Tragödie.

⁷² Klemmer, Paul, "ökologische Wirtschaft - eine Alternative?", in: Kirche und Gesellschaft 110, Köln 1984, S. 8.

⁷³ vgl. Döblin-Zitat zu Anfang diese Schrift, sowie die verschiedenen von F. Nietzsche zitierten Stellen.

Solch eingreifende göttliche Hand wird heute bei uns gewöhnlich nur noch von naiven Laien bemüht, wenn man über Zukunftsfragen diskutiert. Der Gebildete, auch der Theologe, glaubt in diesem Zusammenhang inzwischen doch eher an die Technik. Nach einem Vortrag vor Seelsorgern über humanökologische Probleme erklärte einer der Hörer bekennerhaft aggressiv, er sehe überhaupt keinen Grund seinen persönlichen Energieverbrauch im geringsten einzuschränken, da man in absehbarer Zeit infolge noch zu erwartender Erfindungen über Technologien verfügen werde, die Energie in beliebiger Menge umweltfreundlich zur Verfügung stellen würden. Man ist eben befähigt, alle Enttäuschungen auf diesem Sektor zu ignorieren, und greift zum Beispiel begeistert jede Meldung über die angeblich endlich gelungene Kernfusion im Wasserglas auf. Das ist der Aberglaube des Aufgeklärten, gepaart mit dem Hang zur Illusion. Wie ein Zauberwort tritt 'Fortschritt' "nicht nur als 'Motor', sondern auch als 'Beschwichtigungsinstanz' auf", wo es um den bedenkenlosen Umgang mit nichtregenerierbaren Ressourcen geht.⁷⁴

Es sei nicht grundsätzlich in Zweifel gestellt, der unaufhaltsam wissenschaftliche Fortschritt, an den Marx und Engels, Machtchristen, Aufklärer und Kapitalisten so unerschütterlich glaubten oder glauben. In Zweifeln gezogen sei aber, daß dieser alle Probleme löst. Wenn man nicht aufpaßt, wird er noch mehr neue schaffen. Er hat es wahrscheinlich schon getan. Da bewies LAOTSE vor mehr als zweieinhalb Jahrtausenden die tiefer Weisheit, wenn er befürchtete, daß mit den Fortschritten des Handwerks, der Technik "Haus und Staat ins Verderben geraten", "je mehr Künste gepflegt werden, desto mehr böse Zeichen."⁷⁵

⁷⁴ Rapp, F. "Fortschritt: Entwicklung und Sinngehalt einer philosophischen Idee", Darmstadt 1992, S. 42.

⁷⁵ "Tao te king, Das Buch der Alten von Sinn und Leben" übersetzt von Richard Wilhelm Düsseldorf/Köln 1957.